

AIPA 1/2016

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Lina Lotte Weigel

Einfluss gesellschaftlicher Leitideen auf die außenpolitische Position in der internationalen Klimapolitik- Eine vergleichende sozialkonstruktivistische Analyse der USA und Deutschlands



Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln

ISSN 1611-0072

AIPA 1/2016

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Lina Lotte Weigel

Einfluss gesellschaftlicher Leitideen auf die außenpolitische Position in der internationalen Klimapolitik- Eine vergleichende sozialkonstruktivistische Analyse der USA und Deutschlands

ISSN 1611-0072

Lehrstuhl Internationale Politik

Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln

Redaktionelle Bearbeitung: Mira Böing und David Prinz

Köln 2016

Abstract

Die vorliegende Arbeit untersucht als vergleichende Außenpolitikanalyse Deutschland-USA den Einfluss gesellschaftlicher Umweltnormen und -leitbilder auf die klimaaußenpolitischen Positionen in der Reaktion auf das globale Problem des Klimawandels: Hierzu liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf der Synthese mehrerer sozialkonstruktivistischer Theorien. Von zentraler Bedeutung ist sowohl die inhaltliche Anreicherung des Konzepts des *New Ecological Paradigm* durch Colby's Paradigma des *Eco-Development*, als auch die Verknüpfung dieser nichtpolitikwissenschaftlichen Paradigmen-Theorien mit dem normenzentrierten 'Mainstream' sozialkonstruktivistischer Außenpolitikanalysetheorien. Durch diese Kombination gewinnt nicht nur das theoretische Konzept der Normen an Tiefe und konsistentem Charakter, sondern es könnten auch die Leitideen-Ansätze operationalisiert und außenpolitiktheoretisch anwendbar gemacht werden. Neben diesem theoretischen Mehrwert eröffnet die Arbeit einen Blick auf das abstrakte Verhältnis von Mensch und Umwelt: Die gesellschaftlich-kulturelle Verschiedenheit zwischen ecozentrisch und anthropozentrisch geprägten Gesellschaften, deren Zusammenhang mit jeweils unterschiedlich formulierten Umweltnormen und in der Folge deren Einfluss auf die klimaaußenpolitische Position in Deutschland und den Vereinigten Staaten.

Keywords: Klimaaußenpolitik Deutschland-USA, Sozialkonstruktivismus, gesellschaftliche Normen und Leitbilder, Umwelt, Environmental Paradigm, Ecozentrismus, Anthropozentrismus

Lina L. Weigel B.Sc. hat Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln studiert und ist Masterstudentin der Internationalen Beziehungen an der Universität Bremen und der Jacobs University.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
2 Internationale Klimapolitik	3
2.1 US-AMERIKANISCHE KLIMAAUßENPOLITIK	9
2.2 DEUTSCHE KLIMAAUßENPOLITIK	11
2.3 ZUSAMMENFASSUNG UND VERGLEICH	12
3 Theorie des Sozialkonstruktivismus	14
3.1 KONZEPT DER UMWELTPARADIGMEN	16
3.2 NORMENZENTRIERTE SOZIALKONSTRUKTIVISTISCHE AUßENPOLITIKANALYSETHEORIEN	21
4 Operationalisierung	26
4.1 OPERATIONALISIERUNG: QUANTITATIVER DATENSATZ DER NEP-SKALA	27
4.2 OPERATIONALISIERUNG: QUALITATIVE ANALYSE DER WAHLPROGRAMME BEIDER LÄNDER	30
4.3 OPERATIONALISIERUNG: ZUSAMMENFÜHRUNG DER ANALYSEERGEBNISSE UNTER SOZIALKONSTRUKTIVISTISCHEN THEORIEIMPLIKATIONEN UND IN RELATION ZUR KLIMAAUßENPOLITIK	34
4.4 OPERATIONALISIERUNG: ÜBERPRÜFUNG DER HANDLUNGSLEITENDEN WIRKUNG DER UMWELTPARADIGMEN	35
4.5 ZUSAMMENFASSUNG DER OPERATIONALISIERUNG	38
5 Erhebung innerstaatlicher Leitideen und Normen	39
5.1 LÄNDERVERGLEICH: QUANTITATIVER DATENSATZ DER NEP-SKALA	39
5.2 QUALITATIVE ANALYSE DEUTSCHER WAHLPROGRAMME	40

5.3 QUALITATIVE ANALYSE US-AMERIKANISCHER WAHLPROGRAMME.....	44
5.4 LÄNDERVERGLEICH: DIE ANALYSEERGEBNISSE UNTER SOZIALKONSTRUKTIVISTISCHEN THEORIEIMPLIKATIONEN UND IN RELATION ZUR KLIMAAUßENPOLITIK.....	49
5.5 ÜBERPRÜFUNG DER HANDLUNGSLEITENDEN WIRKUNG DER UMWELTPARADIGMEN ..	54
6 Fazit.....	56
7 Literatur.....	59
NEP-ITEM AUS VERWENDETER STUDIE - LANGE /SCHWIRPLIES/ZIEGLER (2014)	68
ERHEBUNGSDATEN: QUALITATIVE ANALYSE WAHLPROGRAMME SPD UND CDU	68
ERHEBUNGSDATEN: QUALITATIVE ANALYSE WAHLPROGRAMME DEMOCRATS UND REPUBLICANS	76

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gegenüberstellung der GCF-Finanzierungszusagen Deutschland-USA .	13
Tabelle 2: Gegenüberstellung der Umweltparadigmen	20
Tabelle 3: Zuordnung der NEP-Erhebungsfacetten in das Konzept der Umweltparadigmen	29
Tabelle 4: Erhebungsrahmen der qualitativen Analyse.....	33

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Sozialisationsmechanismen im Zwei-Ebenen-Kontext.....	25
---	----

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CDU	Christlich Demokratische Union, Deutschland
CSU	Christlich Soziale Union in Bayern, Deutschland
CDIAC	Carbon Dioxide Information Analysis Center, USA
DSP	Dominant Social Paradigm
EPA	Environmental Protection Agency, USA
EU	Europäische Union
EU-COM	Europäische Kommission
GCF	Green Climate Fund
GOP	Republican Party, USA
IPCC	International Panel of Climate Change (Weltklimarat)
NEP	New Ecological Paradigm
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
THG	Treibhausgas
UBA	Umweltbundesamt
UNFCCC	United Nations Framework of Climate Change (Klimarahmenkonvention)

Einfluss gesellschaftlicher Leitideen auf die außenpolitische Position in der internationalen Klimapolitik

Eine vergleichende sozialkonstruktivistische Analyse der USA und Deutschlands

1 Einleitung

Men argue. Nature acts (Voltaire).

Der Klimawandel als existenzielle Bedrohung des 21. Jahrhunderts stellt die globale politische Kooperation vor große Herausforderungen. Über die Eindämmung der Erderwärmung wird im Rahmen der Vereinten Nationen seit über 30 Jahren auf internationaler Ebene verhandelt, ohne dass sich die Brisanz des zu lösenden Problems verringert hat, im Gegenteil. Grund dafür sind die heterogenen klimaaußenpolitischen Positionen der Länder am Verhandlungstisch. Unterschiedliche Problemwahrnehmungen des Klimawandels sowie divergierende länderspezifische Prioritätensetzungen verhinderten bislang große Erfolge des internationalen Klimaschutzes. Ende 2015 soll in Paris nach jahrelanger Vorarbeit ein internationales Abkommen verabschiedet werden, das alle Länder mit einschließt. Paris gilt als letzte Chance der multilateralen Kooperation, den Klimawandel in zu bewältigenden Grenzen zu halten (Bentz-Hölzl 2014: 227). Eine vergleichende Analyse der außenpolitischen Position zentraler Staaten scheint vor dem Hintergrund der nahenden Klimaverhandlungen 2015 sowohl relevant als auch aktuell. Jedoch ist die Anwendung der Theorien der Internationalen Beziehungen im Bereich der Klimapolitik

nahezu wissenschaftliches Neuland (Ditzel 2011: 138). Diese Arbeit soll die Klimaaußenpolitik der USA und Deutschland gegenüberstellen und mit einer sozialkonstruktivistischen Perspektive den Grund unterschiedlicher Positionen beleuchten. Die USA, als mächtigster Industriestaat und sogleich zweitgrößter THG-Emittent der Welt und Deutschland, als verhandlungsstärkstes und emissionshöchstes Land der EU (CDIAC 2013) stellen nicht nur zentrale Verhandlungsgrößen der Klimakonferenzen dar, sondern besitzen zudem auch ein entscheidendes Eigenpotential für den Klimaschutz. Der Vergleich dieser Länder wird umso interessanter, ruft man sich in Erinnerung, wie ähnlich sich die Staaten hinsichtlich wirtschaftlichen Wohlstands, soziokultureller Entwicklung und Kultur sind. Wie aber lassen sich bei dieser Homogenität unterschiedliche Klimaaußenpolitik-Positionen für den Umgang mit demselben globalen Problem der Erderwärmung erklären?

Um diese Frage zu beantworten, konzentriert sich die vorliegende Arbeit, in einem sozialkonstruktivistischen Rahmen, auf den Einfluss innergesellschaftlicher Leitideen¹ hinsichtlich der Klimaaußenpolitik. Es wird versucht werden zu klären erstens ob Leitideen überhaupt Einfluss auf Außenpolitik gewinnen können, zweitens unter welchen Bedingungen dies geschehen kann und drittens wie bzw. in welche Richtung welche gesellschaftlichen Leitideen die Klimaaußenpolitik beeinflusst.

In der sozialkonstruktivistischen Theorienwelt der Internationalen Beziehungen herrscht ein Überfluss an theoretischen Konzepten, jedoch ein klares Defizit an konkreter Operationalisierbarkeit und empirischer Evidenz dieser (Risse 2003: 28-29). Auch Konzepte der abstrakten Leitideen sind uneinheitlich und unzureichend operationalisiert. In der vorliegenden Arbeit soll der Versuch unternommen werden, Konzepte der Umweltleitideen mit außenpolitiktheoretisch renommierten Normen-Ansätzen zu verknüpfen und dabei diese aus positivistischer Sicht handhabbar zu machen. Diese theoretische Weiterentwicklung und dessen Operationalisierbarkeit ist Hauptakzent der Arbeit.

¹ Leitideen werden im Folgenden begrifflich mit Paradigmen gleichgesetzt. Beide Begriffe werden im Theorieteil 3.1 weiter erläutert und von anderen ideellen Konzepten abgegrenzt.

Im ersten Kapitel rückt die Internationale Klimapolitik in den Vordergrund (2). Nach einer kurzen Einführung werden die klimaaußenpolitischen Positionen der beiden Länder dargestellt (2.1, 2.2) und miteinander verglichen (2.3). Um die Unterschiedlichkeit der Politikpositionen in klimapolitischen Fragestellungen zu erklären wird sich im zweiten Teil der Arbeit dem Sozialkonstruktivismus (3) zugewandt: Nach der Erläuterung des theoretischen Hauptkonstrukt der Leitideen (3.1) werden normenzentrierter Außenpolitikanalyse-Ansätze in den Blick (3.2). Als Brückenschlag zwischen Theorie und Analyse ist die Operationalisierung (4) wichtig. Als Verbindungsstück der beiden theoretischen Konstrukte ist sie jedoch in dieser Arbeit von besonders zentraler Bedeutung. Erst im Anschluss kann die Erhebung der innerstaatlichen Leitideen und Normen erfolgen. Nach der Interpretation quantitativer Messwerte beider Länder (5.1) erfolgt eine qualitative Dokumentenanalyse (5.2, 5.3), die tiefere Zusammenhänge erschließt und aufgeworfene Fragen der quantitativen Analyse beantwortet. Im Anschluss werden die Analyseergebnisse beider Länder zusammengefasst, theoriegemäß interpretiert und in Verbindung mit der außenpolitischen Position gebracht (5.4). Um die Relevanz der Leitideen für die Außenpolitik zu verifizieren, muss abschließend noch die handlungsleitende Wirkung durch Sozialisation ergründet werden (5.5). Wird dies bestätigt, so können Umweltleitideen als erklärende Variable der Klimaaußenpolitik gelten.

2 Internationale Klimapolitik

Ausschlaggebend für das erstmalig internationale Handeln der Staatengemeinschaft hinsichtlich des Klimaschutzes waren besorgniserregende Forschungsergebnisse der Klimawissenschaften. So wird im Folgenden kurz das Problem des Klimawandels und dessen prognostizierten Folgen dargestellt, um dann wichtigste Vereinbarungen der internationalen Klimapolitik der letzten 25 Jahre zu skizzieren. Kurz werden auch politische Maßnahmen erläutert, die schon implementiert wurden bzw. zur Verhandlung stehen. Anhand dieser Maßnahmen und der teilweise

rechtlich verbindlichen Zugeständnisse von Ländern und Ländergruppen können dann die klimapolitische Position der Vereinigten Staaten (2.1) und Deutschland (2.2) in den internationalen Verhandlungen verglichen (2.3) werden.

Der Weltklimarat definiert Klimawandel folgendermaßen:

Climate change refers to a change in the state of the climate that can be identified [...] by changes in the mean and/or the variability of its properties, and that persists for an extended period, typically decades or longer. Climate change may be due to natural internal processes or external forcings, or to persistent anthropogenic changes in the composition of the atmosphere or in land use (IPCC 2007: 30).

Nach dieser Definition unterliegt das Klima einerseits natürlichen Schwankungen und wird andererseits von externen und anthropogenen Ursachen beeinflusst. Der menschliche Einfluss auf das Klima hängt vor allem mit der veränderten atmosphärischen Gaskonzentration durch Emissionsausstoß sowie problematischer oder zu intensiver Landnutzung zusammen. Gerade die Verbrennung von fossilen Energieträgern hat die atmosphärischen Konzentrationen von Kohlendioxid, Methan und Lachgas auf Werte ansteigen lassen, die seit mindestens 800 000 Jahren nicht vorkamen (IPCC 2014: 4). Dadurch verschärft sich der natürliche Treibhauseffekt zum anthropogenen, also menschlich gemachten Treibhauseffekt und es kommt zum global warming (Bentz-Hözl 2014: 37).

Die Folgen des Klimawandels mit „vordergründigem Charakteristikum des Temperaturanstiegs“ (Bentz-Hözl 2014: 37) sind weitreichend und zugleich kaum klar zu bestimmen, da sie sowohl von der sozioökonomischen Entwicklung der Menschheit (Bevölkerungswachstum, Konsum und Energieverbrauch) abhängen, als auch von sogenannten risikobehafteten tipping points, die auf einen Schlag eine extreme Veränderung des Klimas hervorrufen können (Austrocknen des Amazonas-Regenwalds als CO₂-Senke, Freisetzung von Methan in den sibirischen Permafrostböden, Ausbleiben bestimmter Meeresströmungen und Wetterphänomenen) (Bentz-Hözl 2014: 46). Auch die Folgen für die Menschheit sind in ihrem Ausmaß

und ihren Wechselwirkungen weitestgehend nur mit Unsicherheit zu bestimmen, was gerade für die politische Handhabung des anthropogenen Klimawandels ein zentrales Problem darstellt. Die Masse an hochkomplexen möglichen Auswirkungen kann hier nicht erläutert werden, hält der gegenwärtige Trend jedoch an, würde die Temperatur nach Prognosen um mindestens vier Grad bis zum Ende des Jahrhunderts ansteigen. Ein so extremer Temperaturanstieg innerhalb eines so kurzen Zeitraumes würde aus wissenschaftlicher Perspektive zur Veränderung der allermeisten Ökosysteme führen und das Ende der Umwelt, wie wir sie kennen, bedeuten. Folgen wären das Zusammenbrechen der Nahrungsketten, die Veränderung des Lebensraums und massenhaftes Artensterben (Hirsch 2012: 3). Gerade in Zusammenhang mit Gesellschaften verschiedenster Klimazonen und in Kombination unterschiedlichster sozioökonomischer Voraussetzung der Widerstandsfähigkeit sind die Folgen des Klimawandels regional höchst ungleich verteilt (Santarius 2007: 18-23). Die Länder der südlichen Hemisphäre werden von zunehmenden Extremwetterereignissen am meisten getroffen. Das Ausbleiben des Monsuns für Südostasien, Überschwemmungen von Inselstaaten im Pazifik und Wirbelstürme in ganz Lateinamerika und Asien sind nur einige Beispiele. Gerade hier fehlt wegen wirtschaftlicher Armut vieler Regionen die notwendige Resilienz und Anpassungsfähigkeit. Die historische Verursacher-Schuld, durch vielfach höhere THG-Emissionen, liegt jedoch bei den heutigen Industriestaaten (Santarius 2007: 18-23). Diese globale Verlagerung von Ursache und Wirkung macht eine politische Einigung einerseits aus einer gerechtigkeitsorientierten Perspektive extrem wichtig und andererseits aus einer politikrealitätsnahen Perspektive zugleich sehr viel schwieriger.

Ziel der globalen Klimapolitik ist es, die THG-Konzentration in der Atmosphäre langfristig auf einem Niveau zu stabilisieren, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird (Klimarahmenkonvention 1992: Artikel 2). Dieses Ziel wurde auf dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro festgelegt und ist als United Nations Framework Con-

vention on Climate Change (UNFCCC) 1994 in Kraft getreten. Damit wurden die Klimaveränderungen als ernsthaftes Problem für Umwelt und Menschheit anerkannt. Die Länder verpflichteten sich auf völkerrechtlicher Basis zum Handeln. Hierbei wurde durch den Grundsatz der common but differentiated responsibilities dem Umstand der verschiedenen historischen Verantwortung einerseits und unterschiedlicher finanzieller und technologischer Möglichkeiten andererseits Geltung verliehen. So haben sich die Industrieländer (Annex I) zur Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen im eigenen Land, sowie zur Unterstützung von diesen in Schwellen- und Entwicklungsländern (Nicht-Annex I-Staaten) verpflichtet (Hirsch 2012: 4). Erst 1997 wurde in Kyoto (COP 3) die UNFCCC als Rahmen der Klimapolitik, durch völkerrechtlich bindende Klimaschutzabkommen mit länderspezifischen Emissionsminderungspflichten angereichert. Im Kyoto-Protokoll festgeschrieben ist eine Reduktion der THG-Emissionen der vierzig Annex I-Länder um durchschnittlich 5 % gegenüber dem Stand von 1990 (Verpflichtungszeitraum 2008-2012) (Kyoto-Protokoll 1998: Artikel 3). Die USA verweigerte sich als einziges Industrieland dem Protokoll 2001. Das für die Mehrzahl der OECD-Länder bislang einzig völkerrechtlich verpflichtende Dokument wird als der Meilenstein der internationalen Klimapolitik bezeichnet (Hirsch 2012: 7). In Montreal 2005 (COP 11) wurde erstmals über ein Nachfolgeabkommen ab 2013 verhandelt und in der Bali-Roadmap 2007 (COP 13) dann konkretisiert. Trotzdem scheiterten die Kopenhagener Verhandlungen 2009 (COP 15) über ein bindendes Abkommen. Gerade die Großmächte USA und China verweherten sich gegen rechtlich festgelegte Emissionsreduktionen. In Cancun 2010 (COP 16) hat die Staatengemeinschaft nach jahrelangem Zögern das 2-Grad-Ziel als Vorgabe für die internationale Klimaschutz-Kooperation festgeschrieben, da die Wissenschaft darauf hinweist, dass ein Temperaturanstieg von zwei Grad das Äußerste dessen ist, was noch zu beherrschen sei (Rahmstorf/Schellnhuber 2007 in Hirsch 2012: 2). Zudem wurde in Cancun der Green Climate Fund (GCF) ins Leben gerufen, der eine wichtige Finanzierungsquelle für Entwicklungsländer darstellt, um sowohl Klimawandel-Minderungsprojekte zu unterstützen als auch drin-

gend nötige Anpassungen an Klimaveränderungen zu finanzieren und die regionale Resilienz zu erhöhen (BMUB 2014). Sechs Jahre nach Montreal einigten sich die Staaten 2011 in Durban (COP 17) noch einmal darauf, bis 2015 ein neues globales Klimaabkommen auszuhandeln (UBA 2013a). Da die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls Ende 2012 auslaufen würde, wurde in Durban (COP 17) und 2012 in Katar (COP 18) die Einigung auf eine zweite Verpflichtungsperiode bis 2020 verabschiedet. Es wurde eine durchschnittliche Reduktion um 18 % im Vergleich zu 1990 festgeschrieben. Die Europäische Union hat sich dabei zu einer Verringerung von durchschnittlich 20 % verpflichtet. Viele Industriestaaten lehnten jedoch die Beteiligung ab (Russland, Kanada, Neuseeland und Japan sowie die USA), sodass das Abkommen nur ein schwacher Beitrag zum internationalen Klimaschutz ist (AA 2014a). Während Warschau 2013 (COP 19) und Lima 2014 (COP 20) mehr oder weniger konstruktiv als Vorbereitungs-Konferenzen für die COP 21 in Paris dienten, stellt sich nun die zentrale Frage, ob im Dezember 2015 das Ziel der Minderung von Emissionen in einem allgemeingültigen und für die gesamte Staatengemeinschaft rechtlich verbindlichen Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2020 festgeschrieben werden kann (AA 2014b).

Aber welche Klimaschutzmaßnahmen stehen zur Verhandlung? In der Klimapolitik wird zwischen Mitigations- und Adaptionenmaßnahmen unterschieden. Bei der Mitigation, der Minderung des Klimawandels ist die Reduzierung der THG-Emissionen von zentraler Wichtigkeit. Daher sind die völkerrechtlich verbindlichen Zusagen über Reduktionsziele der Länder Kernpunkt der internationalen Klimaverhandlungen. Diese Minderung der Emissionen kann sehr verschieden erfolgen, bzw. durch bestimmte Maßnahmen erleichtert werden. Marktbezogene Instrumente sind unter anderem die Besteuerung von emissionsintensiven Unternehmen, Handel mit Emissionsrechten, Unterstützung von klimafreundlichen Projekten in Entwicklungsländern (Clean Development Mechanismen) und Klimaschutz-Kooperationen zwischen Industrieländern (Joint Implementation). Technologiebezogene Maßnahmen sind sowohl Investitionen in die Entwicklung energieeffizien-

terer Technologien und erneuerbarer Energien, als auch der Ausbau der Energienetze, der öffentlichen Verkehrsmittel und der E-Mobilität. Dem Waldschutz kommt vor allem global eine herausragende Bedeutung als CO₂-Senke zu. Umwelt- und klimabewusste Bildung sind Chancen auf eine kohlenstoffärmere sozioökonomische Entwicklung (durch bspw. Energiesparsamkeit, Konsumreduktion) (Bentz-Hözl 2014: 48-49, 55-56).

Adaptionsstrategien stellen Anpassungen an die jetzt schon unvermeidlichen Klimaveränderungen dar, die aktiv gestaltet werden müssen. Hier geht es sowohl um präventive Maßnahmen und Steigerung der Resilienz, wie ausreichendem Hochwasserschutz und entsprechendem Knowhow, als auch um Unterstützung der nachsorgenden Katastrophenhilfe (Bentz-Hözl 2014: 57-58). Diese, und noch viel differenziertere Mitigations- und Adaptionsmaßnahmen stellen das überaus komplexe Fundament der Klimaverhandlungen dar.

Im Folgenden werden die außenpolitischen Positionen Deutschlands und der USA kurz erläutert, um sie im Anschluss anhand ausgewählter Bereiche des Klimaschutzes zu vergleichen. Welche das sind, wird hier kurz vorab beschrieben um dann auf die einzelnen Länder einzugehen.

Die Positionen werden im Folgenden auf die THG-Minderungsziele bis Mitte des Jahrhunderts sowie die Zusagen der finanziellen Unterstützung des Green Climate Fund reduziert, da eine weitreichende vergleichende Analyse aller klimaa- und umweltpolitischen Maßnahmen den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Die THG-Reduktionsziele als festgelegtes Target sind von zentraler Bedeutung für die Intensität des Klimawandels und dessen Folgen. Zudem sind sie in der UNFCCC als zentrales Ziel festgeschrieben und eignen sich damit sehr gut als Vergleichsmaßstab.

Die Finanzierungszusagen zum Green Climate Fund sind von Bedeutung für Klimaschutzmaßnahmen der Entwicklungsländer und dementsprechend sowohl entscheidend für Klimagerechtigkeit als auch für die Adaption an den Klimawandel. Andererseits stellt die Klimafinanzierung einen zentralen (Streit)-Punkt der COP-

Verhandlungen dar. Als gemeinsam angestrebtes Budget bis 2015 sollen 15 Milliarden US-Dollar für den Zeitraum bis 2020 versprochen werden (BUMB 2014). Die Finanzierungszusagen der einzelnen Länder gelten als Meilenstein in der Wegbereitung für die COP 21 2015. *“We will only get a meaningful deal in Paris in 2015 with a solid Green Climate Fund.”* (Sundtoft 2014 in: GCF 2014a) Da der GCF der größte multilaterale Klimafonds ist und damit als zentraler Baustein der internationalen Klimafinanzierung gilt (BMZ 2014), werden andere Klimafinanzierungs-Projekte der beiden Länder aus Vergleichbarkeitsgründen nicht weiter thematisiert.

Die klimainnenpolitischen Maßnahmen (wie z.B. der US-amerikanische Klimaaction-Plan 2013 und der Clean-Power-Plan 2014, oder Komponenten des deutschen Klimaaktionsplan 2014) (Dröge/Thielges 2014: 1-2), stellen einen Teil der Bewältigungsstrategie der international verlauteten Reduktionsziele dar und werden hier nicht weiter erläutert.

2.1 US-amerikanische Klimaaußenpolitik

In der Anfangsphase der internationalen Klimapolitik spielten die Vereinigten Staaten eine Führungsrolle. Sie unterzeichneten die Klimarahmenkonvention 1992 und gestalteten das Kyoto Protokoll aktiv mit. Mit Amtseintritt von Georg W. Bush und der Nicht-Ratifizierung des Kyoto Protokoll im Jahr 2001 wurden die USA zum klimapolitischen Außenseiter und zum einzigen Industriestaat, der Kyoto nie ratifizierte (Dröge/ Thielges 2014: 3). Erst 2009, auf der COP 15 in Kopenhagen, tauchten die USA wieder als nach vorne gewandter Verhandlungspartner auf. Mit China und anderen Schwellenländern stellte Präsident Barack Obama den globalen Klimaschutz auf eine freiwillige Basis, anstatt völkerrechtlich verbindliche Reduktionsziele festzuschreiben, was aus klimaambitionierter europäischer Sicht stark kritisiert wurde. Für die Vereinigten Staaten jedoch ist diese Einigung auf freiwilliger Basis ein optimales Ergebnis, konnten sie sowohl als internationale Verhandlungsführer auftreten, als auch nationale Selbstbestimmung bewahren (Dröge/ Thielges 2014: 3).

Emissionstargets der UNFCCC-Länder werden offiziell festgeschrieben, auch wenn Sie keinen völkerrechtlich bindenden Charakter haben. Die Vereinigten Staaten „[...]communicated a target in the range of a 17 per cent emission reduction by 2020 compared with 2005 levels, [...] a 30 per cent emission reduction by 2025 and a 42 per cent emission reduction by 2030, in line with the goal to reduce emissions by 83 per cent by 2050.“ (UNFCCC 2014). Im November 2014 bestätigte die US-Regierung in einer bilateralen gemeinsamen Ankündigung mit der chinesischen Regierung über THG-Minderungsziele bis 2025 26-28 % Reduktion im Vergleich zu 2005 anzustreben (White House Information 2014). Diese Einsparungen mit dem Bezugsjahr 2005 werden hier, um diese vergleichbar mit Deutschland und anderen Kyoto-Unterzeichnern machen zu können, auf das Basisjahr 1990 umgerechnet. THG-Emissionszahlen der US wurden aus dem jährlichen U.S. Greenhouse Gas Inventory Report 2014 (EPA 2014) im Rahmen des UNFCCC-Monitoring entnommen. 1990 wurden etwa 1000 Mio. Tonnen (6,233 TG) weniger emittiert als 2005 (7,254 TG). Wenn die Zielvorgabe von einer Reduktion von 17 % bis 2020 zum Basisjahr 2005 eingehalten werden würde, dürfte nicht mehr als 6020,84 Mio. T emittiert werden. Dieser Wert liegt nur 3,4 % niedriger als der Emissionswert 1990 (6,233 TG). Für 2025 (Emissionen 28 % →2005) liegt die angestrebte Reduktion im Vergleich zu 1990 bei 18,5% und für 2030 (Emissionen 42 % →2005) bei 32,5 %. Als Long-Term-Ziel wollen die Vereinten Staaten bis 2050 80,2 % weniger als 1990 emittieren (Emissionen 83 % →2005). Mithilfe dieser Zahlen wird der Vergleich der Reduktionsziele mit Deutschland sehr viel leichter fallen.

Neben den Mitigationszielen auf freiwilliger Basis wird auf die Finanzversprechen bezüglich des Green Climate Fund Bezug genommen. Am 15. November 2014 veröffentlichte der Green Climate Fund die Zusage Obamas „[...] that the United States will contribute US\$ 3 billion to the Green Climate Fund to help developing nations deal with climate“ (GCF 2014b).

2.2 Deutsche Klimaaußenpolitik

Schon in der Anfangsphase der internationalen Kooperation war Deutschlands Klimapolitik ambitioniert. So wurden vor der Klimarahmenkonvention 1992 nationale Reduktionsziele von 25 % Minderung bis 2005 festgesetzt, die wissenschaftlich für technisch möglich erachtet wurden (Böhler-Baedeker/Mersmann 2013). Deutschland unterzeichnete sowohl die UNFCCC 1992 als auch das Kyoto Protokoll 1997, das 2002 ratifiziert wurde. Damit war Deutschland an die völkerrechtliche Verpflichtung der THG-Minderung um mindestens 5,2 % unter das Niveau von 1990 im Zeitraum 2008 bis 2012 gebunden, verpflichtete sich aber im Rahmen des EU-Burden-Sharing im gleichen Zeitraum auf eine THG-Reduktion von 21 % (Böhler-Baedeker/Mersmann 2013). Im März 2007 einigte sich der Europäische Rat auf eine integrierte Energie- und Klimapolitik für Europa. Die europäische 20-20-20-Strategie legt den Mindeststand der CO₂-Reduktion auf 20 % bis 2020 fest (sowie 20 % Erneuerbare Energien und 20 % Energieeinsparung bis 2020) (Böhler-Baedeker/ Mersmann 2013). Seit 2012 rechtsverbindlich festgeschrieben in der zweiten Kyoto-Verpflichtungsphase sind Emissionsminderungen von 20% in der Europäischen Union und im Rahmen der Lastenverteilung innerhalb der EU für Deutschland 30 -33 % bis 2020. Die EU kündigte zudem an, die Reduktionsziele weiter zu erhöhen, sollten andere Industrieländer sich ähnlich hohen Verpflichtungen unterwerfen (UNFCCC 2014). Als Wegbereiter für Paris (COP 21) hat die Europäische Union in der 2030 Framework for Climate and Energy policies das „binding target to reduce EU domestic greenhouse gas emissions by at least 40% below the 1990 level by 2030“ (EU-COM 2014) verabschiedet. “This target will ensure that the EU is on the cost-effective track towards meeting its objective of cutting emissions by at least 80% by 2050.” (EU-COM 2014). Zusätzlich hat Deutschland im Klimaaktionsplan 2014 eine 40 % THG-Reduktion als national zu erreichendes Ziel festgesetzt. Bis 2050 hat sich Deutschland vorgenommen, den THG-Ausstoß um 80-95 % zu reduzieren (BMUB 2014a).

In der Klimafinanzierung des GFC ergriff Angela Merkel als erste Staats- und Regierungschefin die Initiative und verkündete am 14. Juli 2014: "International finance is of the utmost importance[....] I can say for Germany, that we will realize our responsibility." 10 Tage danach machte Deutschland als erstes Land eine feste Zusage von 1 Milliarde US-Dollar (750 Millionen Euro) (GCF 2014a).

2.3 Zusammenfassung und Vergleich

Die klimapolitischen Positionen Deutschlands und der USA sind auf zwei Bereiche reduziert worden um eine Vergleichbarkeit zu erreichen, jedoch darf nicht aus den Augen verloren werden, wie hoch die Komplexität der Klimaverhandlungen in Wirklichkeit sind. Trotz alledem sollen die Positionen hier zusammengefasst direkt gegenüber gestellt werden:

Die offiziellen Emissionsreduktions-Ziele der beiden Länder unterscheiden sich sehr. Die Vereinigten Staaten sind völkerrechtlich gar nicht gebunden, kommunizieren jedoch freiwillige THG-Minderungen von 3,4 % im Vergleich zum Kyoto-Basisjahr 1990. Freiwillig festgelegt hat Deutschland eine Reduktion von 40 % bis 2020 im Vergleich zu 1990 und ist rechtlich doppelt gebunden an mindestens 30 % Reduktion von Treibhausgasen bis 2020 als Vertragspartner der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls und als EU-Mitgliedsstaat. Freiwilliges Long-term-Ziel bis 2050 beider Länder ist die Reduktion um mindestens 80 % im Vergleich zu 1990 (USA: 80,2 %; DE: 80-90 %) (UNFCCC 2014).

Finanzzusagen für den Green Climate Fund haben beide Staaten in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 geleistet. Um einen Vergleich herzustellen, werden die relativen Aufwendungen beider Länder aufgezeigt. Zum einen geschieht dies durch die Ermittlung der Aufwendungen als Anteil am BIP, um die Einzahlungszusage in Bezug zur Finanzkapazität des Landes zu stellen. Zum anderen werden die Finanzversprechen additiv in ein Verhältnis zur Jahres-Emissionsmenge des Landes ge-

setzt, so dass die Relation zwischen GCF-Einzahlung pro emittierte Tonne Treibhausgas ersichtlich wird².

Tabelle 1: Gegenüberstellung der GCF-Finanzierungszusagen Deutschland-USA

	Deutschland	USA
Einzahlung GCF	1 Mrd. USD	3 Mrd. USD
BIP 2012	3,53 Bio. USD	16,16 Bio. USD
THG-Emission 2012	940 Mio. T	6 563 Mio. T
GCF-Einzahlung/BIP	0,03 % der BIP	0,02 % des BIP
GCF-Einzahlung/THG-Emission	1,06 USD*	0,45 USD*

Quelle: eigene Darstellung; Zahlen entnommen aus Informationen der GCF 2014ab (Einzahlungen), Weltbank (BIP 2012), UBA 2014 (THG-Emissionen DE 2012), EPA 2014 (THG-Emissionen USA 2012)

Deutschlands Finanzverpflichtungen gegenüber dem GCF sind proportional zum Bruttoinlandsprodukt höher als die der USA. Zudem bezahlt die USA weniger im Verhältnis jeder emittierten Tonne Treibhausgas.

Es kann zusammengefasst werden, dass die USA im Vergleich zu Deutschland sehr viel geringere Zusagen über THG-Minderungen für die nächsten Jahrzehnte machen und sie relativ auch weniger in den Green Climate Fund einzahlen. Dementsprechend wird behauptet, dass die US-amerikanische Klimaaußenpolitik weniger ehrgeizige Klimaschutzziele verfolgt als Deutschland.³

Wie aber sind beim selben globalen Problem des Klimawandels so unterschiedliche Klimaaußenpolitik-Positionen zu erklären? Diese Arbeit beleuchtet gesellschaftliche Leitideen und mit ihnen verknüpfte Normen als erklärende Variable für unterschiedliche klimapolitische Standpunkte Deutschlands und der USA. Dafür werden im Folgenden zuerst die Grundlagen der Theorie des Sozialkonstruktivismus erläutert, um diese dann auf das Konzept der Umweltparadigmen (3.1) zu

² Hierbei handelt es sich nicht um einen real existierenden Zusammenhang. Es soll lediglich die Verhältnismäßigkeit der GFC-Einzahlungen zur der Emissionsmenge der Länder verdeutlichen.

³ Dies wird durch die Ergebnisse des Klimaschutz-Index 2014 bestätigt: Deutschland ist auf Platz 19 von 61 Ländern, während die Vereinigten Staaten den Rang 43 belegen (Klimaschutz- Index 2014:5).

konkretisieren. Nach der Operationalisierung (4) wird in der Analyse (5) die Leistungsfähigkeit dieser sozialkonstruktivistischen Perspektive für ein realpolitisches Problem überprüft.

3 Theorie des Sozialkonstruktivismus

Obwohl noch relativ jung, gehören konstruktivistische Ansätze längst zum Mainstream der großen Theorien der Internationalen Beziehungen (Ulbert 2005: 9). Möglich gemacht hat das vor allem "earthshaking changes, such as the decline of sovereignty, the growing social and economic importance of knowledge, globalization, the Internet, and changes in the natural environment." (Adler 2002: 133). Gerade das von den vorherrschenden IB-Großtheorien unvorhergesehene Ende des Kalten Krieges veränderte das Theoriegefüge der Internationalen Beziehungen und räumte dem Sozialkonstruktivismus einen festen Platz als renommierte Theorie ein.

Eine einheitliche sozialkonstruktivistische Theorie existiert jedoch nicht. Vielmehr handelt es sich um einen Zusammenschluss vieler Perspektiven mit der gemeinsamen Grundannahme, dass sich uns die Realität nicht unmittelbar ‚objektiv‘ erschließt, sondern sozial konstruiert ist. Unsere soziale Welt ist demnach vielmehr das Produkt gemeinsamen Handelns, sozialer Interaktion, und intersubjektiv geteilter Vorstellungen, Wissenskonstruktion und Bedeutungszuweisung (Ulbert 2006: 427). Angeknüpft an diese allgemeine Grundannahme sind wissenschaftstheoretische Auseinandersetzungen über die Beschaffenheit der Welt (ontologische Dimension) und das wissenschaftliche Erfassen dieser (epistemologische Dimension). Radikale Konstruktivistinnen gehen davon aus, dass es keine objektive Realität außerhalb unserer Wahrnehmung gibt, bzw. diese nicht zu erfassen sei, während ein moderater Konstruktivismus kompatibel mit dem wissenschaftstheoretisch vorherrschenden Rationalismus ist (Brummer/Oppermann 2014: 55) und sich vor allem bei der Auswahl des Forschungsschwerpunkts am sozialkonstruktivistischen Weltbild ori-

entiert, indem er vor allem auf die konstitutive Wirkung ideeller Konstrukte verweist.

Alexander Wendt, als einer der Referenztheoretiker des Konstruktivismus, der diesen als Analysetheorie der Internationalen Politik handhabbar gemacht hat, nimmt diese moderate epistemologische Position ein. Ontologisch sieht Wendt den Sozialkonstruktivismus als vermittelnde Position (Via Media) einerseits zwischen Strukturalismus und Individualismus und andererseits zwischen Materialismus und Idealismus an (Ulbert 2010: 431-433). In der ontologischen Diskussion zwischen strukturalistischem Ansatz und individualistischer Erklärung geht Wendt, angelehnt an Giddens Strukturierungstheorie (1984) von einer gegenseitigen Konstituierung von Akteur und Struktur aus: Weder Struktur noch Akteur genießt hier theoretischen Vorrang, da angenommen wird, dass die soziale Struktur erst durch Akteurshandeln konstruiert bzw. reproduziert wird, während andererseits erst die Struktur Handlungsmöglichkeiten bietet, in dessen Rahmen agiert werden kann (Wendt 1987: 363, Ulbert 2010: 433-436). Als Via Media zwischen Idealismus und Materialismus grenzt sich der Konstruktivismus vom reinen materialistischen Rationalismus ab und sieht materielle Faktoren als nicht unabhängig von ideellen Strukturen. Erst durch diese ideelle intersubjektive Bedeutungszuweisung gewinnen materielle Faktoren überhaupt an Wichtigkeit. So ist die Auseinandersetzung mit dem konstitutiven Einfluss von Ideen, Weltbildern und Normen als Deutungskonstruktionen und deren Auswirkung auf konkretes politisches Handeln als Mittelunkt der konstruktivistischen Politikanalyse zu sehen (Ulbert 2005: 15). Auch der Prozesses der sozialen Wissenskonstruktion ("constructivist interpretation of collective social learning" Adler 2002: 135) und dessen Einfluss auf die Politik (z.B. Konzept der „epistemic communities“ nach Haas/Adler 1992) ist im Konstruktivismus ein Forschungsinteresse. Wendt, der das Internationale System als soziales System begreift und verschiedene internationale „Kultur-Modelle“ entwirft, und damit die im Neorealismus vorherrschende Zwangslogik der Anarchie verneint („Anarchy is what states make of it“ Wendt 1992), bleibt bei seiner Analyse auf der Ebene der interna-

tionalen Politik. Da diese Arbeit jedoch als vergleichende Außenpolitikanalyse, den Einfluss innerstaatlicher Leitideen und Normen auf die Klimaaußenpolitikposition Deutschlands und der USA untersucht, sollen nun zuerst sozialkonstruktivistische Konzepte der innergesellschaftlichen Umweltparadigmen (3.1) erläutert werden um dann normenzentrierte Außenpolitiktheorien (3.2) näher zu betrachten.

3.1 Konzept der Umweltparadigmen

Ideelle Begriffe und Konzepte sozialkonstruktivistischer Theorien sind nicht einheitlich definiert. Hier soll zuerst der Versuch unternommen werden, die Verbindung zwischen einigen wenigen zentralen Konzepten herzustellen, um ein differenziertes Bild ideeller Konstrukte zu erlangen und das Konzept der Umweltparadigmen in diesem Bild einordnen zu können. Im Anschluss werden Umweltparadigmen-Konzepte erläutert und kombiniert.

Ausgangspunkt verschiedener konstruktivistischer Theorien ist die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Erscheinungsformen von Ideen (Ulbert 1997: 15). Dabei ist die Idee jedoch nicht, wie bei rationalistischen Perspektiven, das Oberflächenphänomen einer von Interessen geleiteten Welt, sondern vielmehr „stabile Muster der Wahrnehmung und Interpretation“ eben dieser (Eder 1992: 4, zitiert nach Boeckle, Nadoll, Stahl 2000: 20). Deshalb sind diese grundlegenden Konzepte aus konstruktivistischer Perspektive der Herausbildung von Interessen vorgelagert (Jachtenfuchs 1993: 4). Ideen als *Wissen über die Wirklichkeit* fungieren als kognitive Filter, die die Komplexität der Realität reduzieren und relevante Informationen selektieren (Jachtenfuchs 1993: 10). Erst mit Hilfe dieses Anschauungssystems wird die aufgenommene Information nach den Kriterien wahr/falsch beurteilt und bezieht sich auf die Faktizität der Welt (Jachtenfuchs 1993: 4,11). Hierbei handelt es sich nicht um die *objektive Realität* sondern vielmehr um die sozialkonstruierte Welt, die wir als *wahr* wahrnehmen (Kisssolewski 2005: 23). Neben dieser kognitiven Komponente beinhalten Ideen über die Welt handlungsleitende Dimensionen. Mit dem Rückgriff auf den kognitiven Kern der Idee enthält die normative Komponente

Verbesserungs- und Veränderungspotential und bewertet nach den Kriterien gut/schlecht (Jachtenfuchs 1995: 432).

Die Idee als Oberbegriff aller Formen sozial konstruierter kognitiver Produkte gliedert sich dann anhand unterschiedlicher Merkmale auf (Ulbert 1997: 15). So sind individuelle Ideen Einzelner von jenen Ideen zu unterscheiden, die sich als kollektives Konstrukt intersubjektiv innerhalb einer sozialen Gruppe oder Gesellschaft herausgebildet haben (Merkmal Trägerschaft: individuell vs. kollektiv). Darüber hinaus können Ideen hinsichtlich der Reichweite (allgemein vs. spezifisch) unterschieden werden (Ulbert 1997: 15).

Angesichts dieser Dimensionen und Merkmale können einige Konzepte voneinander abgegrenzt werden: Die normative Komponente kollektiver Ideen spiegeln sich in Normen als „wertegestützte, intersubjektiv geteilte Erwartungen angemessenen Verhaltens“ wieder (Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 74). Weltbilder können sowohl individuelle als auch kollektive problemübergreifende Ideen über die Organisation und Struktur der Welt sein (Jachtenfuchs 1993: 4) und unterscheiden sich von kollektiven problemspezifischen Leitbildern, die man auch Paradigmen nennt (Ulbert 1997: 15). Konsequenterweise sind Umweltparadigmen kollektiv geteilte, (problem-)spezifische Leitideen über den Bereich Umwelt, die sowohl über kognitive *Faktizität-Dimensionen*, als auch über normative *Sollens-Dimensionen* verfügen.

An dieser Stelle werden nun zwei Umweltparadigmen-Konzepte (NEP/DSP und Colby-Paradigmen) erläutert, die integriert werden und so zur Konkretisierung dieses Hauptkonstrukts beitragen.

Wenn von Umwelt als Teilbereich gesprochen wird, beinhaltet der Begriff nach der ökologischen Wortbedeutung die Gesamtheit aller direkt oder indirekt auf ein Lebewesen wirkenden Ökofaktoren (Enzyklo 2014). So ist auch das Klima als Teil der Biosphäre im Begriff Umwelt inkludiert.

Das theoretische Konzept des New Ecological Paradigm (NEP) entstand Mitte der 1970er Jahre in Abgrenzung zum Dominant Social Paradigm (DSP) und sollte der zunehmenden Neubewertung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur in der Gesellschaft Ausdruck verleihen (Dunlap 2000: 426). Angeknüpft an die kognitiven Seiten der Paradigmen als inhaltliche Annahmen über die Mensch-Natur-Beziehung sind normative Komponenten, die bestimmte Zustände, Praktiken und Handlungen bewerten und so Handlungs- bzw. Veränderungspotentiale beinhalten. Die beiden Paradigmen stehen in kognitiven und normativen Annahmen konträr zueinander und werden hier nun in ihren Grundzügen dargelegt und dabei voneinander abgegrenzt. Das DSP hat einen anthropozentrischen Kern (Thompson/Barton 1994: 149-150), der die menschliche Beziehung zur Natur stark beeinflusst: So ist die Natur vom Menschen dominiert und hat ihren Wert für diesen ausschließlich als unendlichen Ressourcen-Pool als Grundlage des Wirtschaftswachstums. Liberalökonomische, materialistische Denkmuster des Konsums und Wohlstands als Imperativ durch immer mehr Wirtschaftswachstum stehen im Mittelpunkt des DSP. Aus anthropozentrischer Sicht kann "human comfort, quality of life, and health [...lead to] the preservation of natural resources" (Thompson/Barton 1994: 149). Die ecozentrische (Thompson/Barton 1994: 149-150) Sichtweise des NEP steht dem konfliktreich gegenüber und zeichnet den Menschen als untrennbaren Teil der Natur. Demnach bildet die Natur die Lebensgrundlage der Menschen, hat aber auch einen Eigenwert („intrinsic value“ Thompson/Barton 1994: 150), der unabhängig von menschlichem bzw. ökonomischen Nutzen liegt. Die Natur wird vom NEP als fragiles Gut betrachtet, das durch die moderne Industriegesellschaft als unendlichem Ressourcen-Pool missbraucht wird, sodass Natur und Klima verändert und zerstört werden (Milbrath 1985:166-168; Thompson/Barton 1994: 149-156; Dunlap 2000: 426-432). Innerhalb des New Ecological Paradigm liegt ein Bestreben nach sozialem Wandel und fordert so bestehende Strukturen der Gesellschaft und dessen Leitideen des Dominant Social Paradigm heraus. „The struggle to universalize a paradigm is part of a struggle for power“ (Milbrath 1985: 164). Dabei darf das

DSP nicht missverständlich als mehrheitlich vertretendes Paradigma verstanden werden, sondern es verweist darauf, dass dieses Paradigma, zumindest in 1970er Jahren, von einer überwiegenden Mehrheit der dominanten (Wirtschafts-) Elite vertreten wurde. So ist auch das DSP, ob oder in wie weit mehrheitlich in der Gesellschaft vertreten, keinesfalls irrelevant (Cotgrove 1982:27 in: Milbrath 1985: 163). Beide Paradigmen sind nicht nur theoretische Konstrukte, sondern haben durch eigens entwickelte Skalen (NEP-Skala/DSP-Skala) empirische Evidenz.

Eine Gegenüberstellung zwischen zwei kontrahierenden, polarisierenden Paradigmen bezüglich Umwelt taucht in ähnlicher Weise auch in Colby's (1989) Essay „The Evolution of Paradigms of Environmental Management“ auf. Besonders geeignet scheint eine Integration beider Konzepte, da die Konzentration Colby's auf das Verhältnis zwischen Mensch-Natur einerseits und Ökologie-Ökonomie andererseits eine geeignete Kategorisierung darstellt, um die NEP und DSP strukturiert gegenüberstellen zu können. Colby (1989) greift in seinem Essay die Zentralität von „particular worldview[s] on the relationship between man and nature“ (Colby 1989: 4) für Entwicklungsstrategien jeglicher Art auf. Nach Colby besteht jedes Paradigma aus einer anderen Annahme über die Natur selber, das Verhältnis zwischen Mensch und Natur und deren Wechselbeziehungen, die sich vor allem in der Beziehung zwischen Ökologie- und Ökonomie-Entwicklung widerspiegelt (Colby 1989: 5-6). Die Paradigmen verknüpfen Annahmen über die „Human-Nature-Relationship“ (Colby 1989: 7), mit einem allgemeinen Handlungsimperativ in Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung. Von fünf Paradigmen, die Colby entwickelt lassen sich zwei mit dem NEP/DSP integrieren und vertiefen und verdeutlichen so das Konzept durch seine strukturierenden *Verhältnis-Kategorien*⁴.

Das Paradigma Frontier Economics kann mit dem DSP verglichen werden: Sehr anthropozentrisch geprägt steht allgemein der Fortschritt in einer unendlich wachsenden Wirtschaft im Vordergrund (Colby 1989: 8-11). Colby beschreibt ebenfalls einen historischen Prozess von einer zunehmenden Entwicklung hin zum Eco-

⁴ Angaben zu allen fünf Paradigmen siehe Colby, Michael E. (1989).

Development Paradigma, welches in etwa dem NEP entspricht: Oberste Handlungsimperative des ecozentrischen Paradigmas ist die symbiotische Beziehung zwischen Natur und Mensch als Co-Entwicklung. Da die Umwelt Grundlage von Allem ist, steht die Auflösung des Kontrastes zwischen Ökonomie und Ökologie im Mittelpunkt. Die „Economized Ecology“ und der „Green Growth“ (Colby 1989: 7), die das Paradigma beschreiben, stellen deutlich diese Auflösung dar.

In der folgenden Tabelle werden die zwei Konzepte integriert dargestellt und dabei die kontrastreichen Paradigmen strukturiert gegenübergestellt:

Tabelle 2: Gegenüberstellung der Umweltparadigmen

anthropozentrisch DSP/ Frontier Economic	ecozentrisch NEP/ Eco-Development
Beziehung Menschen – Natur	
<ul style="list-style-type: none"> • Mensch als der Natur überlegen • Ausbeutung/Nutzung der Natur je nach menschlichem Bestreben 	<ul style="list-style-type: none"> • Mensch als untrennbarer Teil der Natur • Natur als Lebensgrundlage (allen Lebens) • Natur als fragile und schützenswerte und endliche Ressource
Beziehung Ökologie – Ökonomie	
<ul style="list-style-type: none"> • Umwelt erlangt als Grundlage von Wirtschaftswachstum an (ökonomischer) Bedeutung • Natur als (unendlicher) Ressourcen-Pool • Handlungsimperativ: Wirtschaftswachstum/Wohlstand 	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenwert Natur (unabhängig von Mensch/Ökonomie) • Auflösung des Gegensatzes der Sphären Ökologie und Ökonomie (Economized Ecology/Green Growth) (z.B Entwicklung energieeffizienter Technologien (Eco-Development)

Quelle: eigene Darstellung, inhaltlich angelehnt an Dunlap (2000), Thompson/Barton (1994) und Colby (1989)

Um im späteren Teil der Arbeit die normative Dimension dieser Leitideen hervorzuheben und so das Konzept der Umweltparadigmen mit dem der normen-zentrierten Außenpolitikanalyse verbinden zu können, werden im Folgenden diese Normen-Analysetheorien erläutert.

3.2 Normenzentrierte sozialkonstruktivistische Außenpolitikanalysetheorien

Als ideelles Konzept der sozialkonstruktivistischen Außenpolitikanalyse spielen Normen als erklärende Variable eine zentrale Rolle. Aus diesem Grund bedient sich auch die vorliegende Arbeit dieser renommierten normenkonzentrierten Konzepte. Dabei wird sich weitestgehend an der Struktur der Analyse nach Klaus Brummer und Kai Oppermann (2014) orientiert, die einige solcher Theorien vereinen. Der Normenansatz wird in den späteren Teil der Leitideen-Analyse (5.4) integriert und greift die mit den Umweltparadigmen verknüpften Normen auf. Diese Normen werden dann in Bezug auf die Erklärungskraft bezüglich Außenpolitik überprüft (5.5).

Normen haben aus sozialkonstruktivistischer Sicht nicht nur regulativen, sondern vor allem konstitutiven Charakter und können so als erklärende Variable Einfluss auf die Außenpolitik erringen. Dabei sind, nach Brummer/Oppermann (2014) drei Merkmale von besonderer Bedeutung: Erstens sind Normen nicht subjektiv bestimmt, sondern bilden sich zwischen Menschen in einer Gesellschaft durch Sozialisation. So sind sie nicht Merkmal von Subjekten sondern Teile der sozialen Strukturen: Sie sind intersubjektiv. Zweitens werden Normen nicht direkt ungültig, wenn sie vereinzelt missachtet werden. Man spricht von einer kontrafaktischen Gültigkeit (Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 76). Drittens haben Normen eine direkte Verhaltensorientierung. Sie vermitteln „Standards angemessenen Verhaltens“ (Brummer/Oppermann 2014: 55) und fordern damit bestimmte Handlungen ein, während sie andere verurteilen.

Konkret im Kontext der Außenpolitikanalyse stellt sich die Frage von wem die „wertegestützten, intersubjektiv geteilten Erwartungen angemessenen Verhaltens“ (Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 74) an die Staaten/außenpolitischen Entscheidungsträger gerichtet werden. Dabei kann man zwischen zwei Forschungstraditionen unterscheiden, die in umfassenden Analysen zusammengeführt werden (Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 77; Brummer/Oppermann 2014: 57). Der sozietale

Konstruktivismus konzentriert sich auf den Einfluss gesellschaftlicher Normen. Sozialisationsinstanzen auf der innerstaatlichen Ebene sind gesellschaftliche und politische Akteure, die ihre Erwartungen von angemessenem Verhalten an den Staat richten. Der transnationale Konstruktivismus setzt sich mit dem Einfluss internationaler Normen auseinander. Regierungen anderer Staaten, transnationale Akteure und internationale Organisationen fungieren als Sozialisationsinstanzen auf die Sozialisanden, die Staaten. Weder innerstaatliche noch internationale Normen sollen dabei theoretischen Vorrang haben (Risse 1999: 42-45).

In einer Analyse müssen zuerst jene Normen bestimmt werden, die in einer bestimmten politischen Entscheidungssituation das Handeln beeinflusst haben könnten. Diese bestimmten Normen sind aber keineswegs statische erklärende Variablen, sondern variieren an Stärke und so auch an Wirkungskraft auf Außenpolitik und müssen anhand bestimmter Indikatoren auf ihre Stärke überprüft werden. Oppermann/Brummer (2014) unterscheiden dabei zwischen intrinsischen, den Normen innewohnenden Kriterien und solchen, die extrinsisch durch den Kontext bestimmt werden. In diese Zweiteilung können mehrere Kriterien sinnvoll eingeordnet werden (Brummer/Oppermann 2014: 57-59).

Als intrinsische Merkmale kommt besonders der Spezifität eine zentrale Bedeutung zu. Je klarer und präziser angemessenes von unangemessenem Verhalten unterschieden wird, je expliziter die konkrete Verhaltensanweisung ist, die durch die Norm vermittelt wird, desto höher ist die Spezifität der Norm (Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 76). Zudem ist von Bedeutung, wie lange eine Norm in der Vergangenheit schon existiert. Je höher die Dauerhaftigkeit einer Norm desto mehr fühlen sich die Akteure ihr verpflichtet. Als direkter Indikator ist die Universalität einer Norm zentral: Eine Norm ist dann stärker, wenn sie eine allgemeingültige Verhaltenserwartung beinhaltet anstatt sich beispielsweise nur an eine bestimmte Akteursgruppe zu wenden („universal“ versus „localized and particularistic [...]claim“ (Finnemore/Sikkink 1998: 907). Ein erstes kontextuelles/extrinsisches Merkmal, die Kommunalität, knüpft eng an der Universalität an, ist aber im Kon-

trast zu dieser nicht die Ausrichtung der Norm selbst sondern bezeichnet die Menge der Akteure einer sozialen Gruppe/Gesellschaft, die diese Normen teilen. Nach konstruktivistischer Sicht kann eine Norm nur als erklärende Variable wirken, wenn sie von einer klaren Mehrheit der Einheiten eines sozialen Systems geteilt wird (Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 76). Wenn die Normen eine relativ hohe Kommunalität aufweisen und den „tipping or threshold point“ (Finnemore/Sikkink 1998: 901) erreichen, dann gewinnen die Normen weiter an Anziehungskraft und werden durch Imitation weiterverbreitet. Wichtig für die Stärke und Einflusskraft einer Norm ist auch die Kohärenz zu anderen Normen: „[...] the extent to which it is congruent with the prevailing normative order will effect its growth or decline.“ (Raymond 1997: 231). Passt sie in ein Bündel anderer anerkannter Verhaltenserwartungen bekommt sie zusätzliche Legitimität von diesen. Steht sie in Konflikt wird die Durchsetzung dieser Norm erschwert. Als Letztes, besonders gut zu messendes Kriterium, muss der Institutionalierungsgrad einer Norm genannt werden. „[...] [I]t is through institzionalization that norms acquire staying power and influence“ (Checkel 1999: 108). Ist die Norm beispielsweise in Verträgen, Gesetzen, bürokratischen Routinen oder Organisationen festgeschrieben, so ist das ein Hinweis auf hohe Akzeptanz und Dauer der Norm. Das Kriterium Institutionalierungsgrad kann also auch als Indikator für Kommunalität und Dauerhaftigkeit genutzt werden.

Zur analytischen Suche nach einer existenten, starken und handlungsleitenden Norm werden sowohl quantitative Umfragestudien und Medienanalysen sowie qualitative Dokumentenanalyse aus bestimmten Quellen, die gesellschaftliche Normen zum Ausdruck bringen (Verfassungs- und Rechtsordnungen, Partei- und Wahlprogramme, und Parlamentsdebatten) genannt (Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 90-93). Diese werden in der Operationalisierung 4.2 genauer erläutert.

Nach Definition, Bestimmung und Messung der Wirkungsmächtigkeit werden die Normen in Relation zur Außenpolitik gestellt, um zu überprüfen ob diese normenkonform ist. Im Fall der Normenkonformität muss nach Brum-

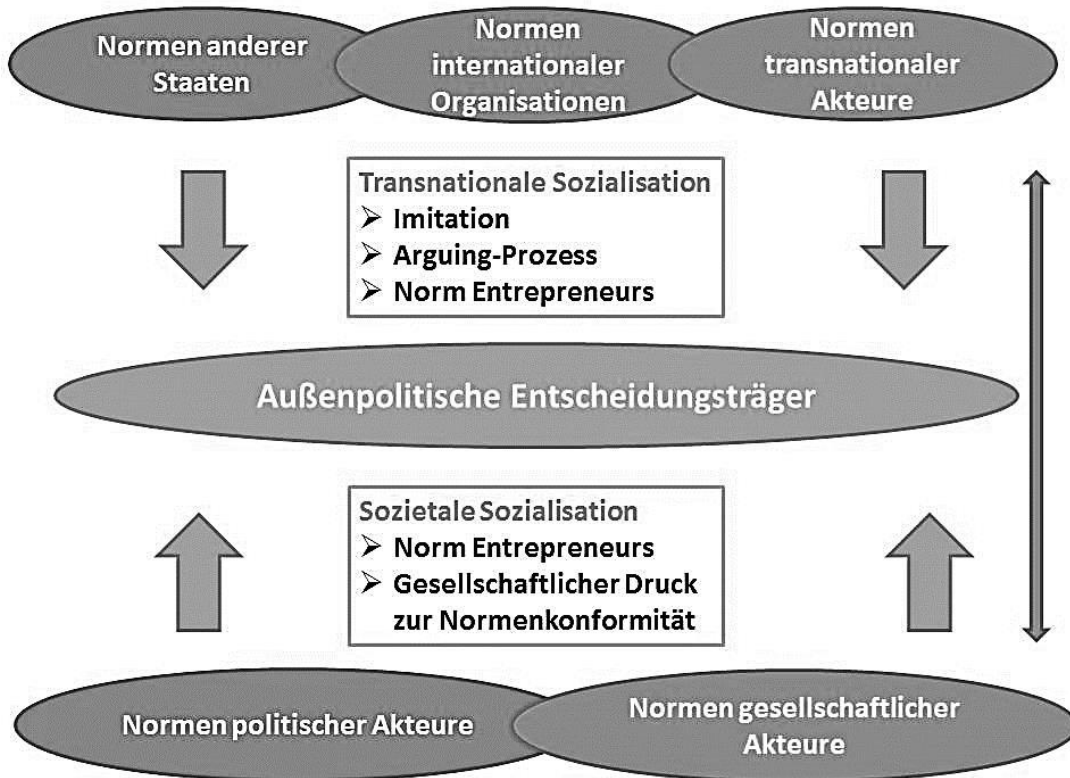
mer/Oppermann (2014) ein weiterer Analyseschritt initiiert werden, um festzustellen ob die Außenpolitik nicht nur konform sondern auch von Normen geleitet ist.

Einen solchen präskriptiven Status können Normen dabei über den Mechanismus der Sozialisation erlangen. [...] Je nach Fortschritt und Dynamik der Sozialisation unterscheidet sich der Grad, zu dem außenpolitische Akteure eine internationale oder gesellschaftliche Norm internalisiert haben (Brummer/Oppermann 2014: 59-60).

Damit ist der Sozialisationsprozess das zentrale Verbindungsstück zwischen der unabhängigen Variable *Norm* und der abhängigen Variable *außenpolitische Präferenz*, also der „kausale Mechanismus“ (Boeckle et al. 2001: 77) der auf die Entscheidungsträger der Außenpolitik wirkt.

Auch bei dieser Untersuchung von normengeleitetem Handeln führen Brummer/Oppermann (2014) Sozialisationsmechanismen verschiedener Theorien zusammen: die Imitations- und Nachahmungseffekte (u.a. Finnemore 1993), die aktive Verbreitung von Normen durch Norm Entrepreneurs (u.a Finnemore 1993), der Arguing-Prozess über die Geltung von Normen (außenpolitik-theoretisch nach Risse 2003) sowie die Mobilisierung gesellschaftlichen Drucks zur normenkonformen Politik (u.a Checkel 2001). Boeckle/Rittberger/Wagner (2001) unterscheiden Sozialisationsmechanismen auf transnationaler und sozietaler Ebene (Boeckle/Rittberger/Wagner 2001: 77). Beides wird in der folgenden Abbildung 1 kombiniert: Die verschiedenen, von Brummer/Oppermann (2014) vorgestellten Sozialisationsmechanismen werden in den Zwei-Ebenen-Kontext nach Boeckle/Rittberger/Wagner (2001) eingegliedert.

Abbildung 1: Sozialisationsmechanismen im Zwei-Ebenen-Kontext



Quelle: eigene Darstellung inhaltlich angelehnt an Boekle/Rittberger/Wagner (2001:77-80) und Brummer/Oppermann (2014: 61-64)

Imitation und Nachahmung als transnationaler Sozialisationsmechanismus beruht nicht auf einer beabsichtigten oder aktiven Verbreitung sondern auf normenkonformem Handeln anderer außenpolitischer Entscheidungsträger in der internationalen Gemeinschaft. Ein zweiter, nur transnationaler Sozialisationsmechanismus, ist die kommunikative Verständigung über die Geltung von Normen in internationalen Verhandlungen mit anderen Staaten, internationalen Organisationen oder transnationalen Akteuren. Hierbei wird zwischen dem nutzenmaximierenden bargaining (*logic of consequences*) und dem verständnisorientierten arguing (*logic of appropriateness*) unterschieden. Dieser Arguing-Prozess kann unter bestimmten Umständen sozialisierend wirken (Risse 2003: 13-19). Norm Entrepreneurs, die als „teachers of norms“ (Finnemore 1993: 565) auftreten und sich für eine aktive

Verbreitung einer Norm einsetzen, existieren bzw. agieren auf beiden Ebenen. Diese Sozialisationsinstanzen können sowohl staatliche Verhandlungspartner, internationale Organisationen und transnationale Interessensgruppen auf internationaler Ebene sein, als auch nationale Organisationen und gesellschaftliche und politische Interessensgruppen, die für die Akzeptanz einer Norm eintreten (Finnemore/Sikking 1998: 897-898). Ein rein innerstaatlicher Sozialisationsmechanismus ist die Mobilisierung gesellschaftlichen Drucks auf außenpolitische Akteure zu normenkonformem Handeln. Erst wenn Normen von gesellschaftlichen Akteuren internalisiert wurden, kann es zu einer Mobilisierung gesellschaftlicher Forderungen an die Außenpolitik zur Normenkonformität kommen (Checkel 2001: 557).

Nur wenn sich mindestens einer dieser Mechanismen als evident erweist, kann von konstitutiven handlungsleitenden Normen gesprochen werden, die Einfluss auf die Außenpolitik erlangen. Der Struktur dieser Analyse wird sich im späteren Teil der Arbeit bedient.

Nachdem zuerst das Konzept der Umweltparadigmen in die Welt der Ideen eingeordnet, definiert, ausgeführt und argumentativ mit den Normen verknüpft wurde (3.1) und nun das Konzept der normenzentrierten Außenpolitikanalyse erläutert worden ist (3.2), folgt im Anschluss die Operationalisierung (4), die beide Konzepte miteinander verknüpft und so handhabbar macht.

4 Operationalisierung

Um von der rein theoretischen auf eine empirisch-analytische Ebene zu gelangen, muss das Konzept handhabbar gemacht werden. Dabei ist die Operationalisierung als Brückenschlag zwischen Theorie und Analyse von zentraler Bedeutung. Konkret wird erklärt, wie das theoretische Konzept der Umweltparadigmen in die sozialkonstruktivistische Außenpolitikanalyse eingegliedert werden kann.

Anknüpfungspunkt sind die verschiedenen klimaaußenpolitischen Positionen der USA und Deutschlands, die anhand gesellschaftlicher Leitideen hinsichtlich

der Umwelt erklärt werden sollen. Dabei wird der Einfluss internationaler Leitideen und Normen keinesfalls bestritten. Er wird in dieser vergleichenden Analyse lediglich als konstanter Einflussfaktor, der auf beide Länder gleichermaßen einwirkt und sich somit in seiner Wirkung neutralisiert, ausgeschlossen. Wie die gesellschaftlichen Leitideen empirisch in Deutschland und in den USA gemessen werden können, wird im Folgenden erläutert.

Die Operationalisierung orientiert sich am Aufbau der Analyse: Zuerst wird die quantitative NEP-Skala erläutert und erschlossen inwieweit der verwendete Datensatz das theoretische Konstrukt erhebt (4.1). Im Anschluss werden Dokumente und die Methode der qualitativen Analyse (4.2) aufgezeigt. Besonderes Augenmerk wird auf die Verknüpfung der beiden theoretischen Konzepte gelegt, indem Voraussetzungen formuliert werden, unter welchen Bedingungen die Analyse weitergeführt werden kann (4.3, 4.4). Bevor die Analyse (5) folgt, wird zur Orientierung kurz der Ablauf dieser zusammengefasst(4.5).

4.1 Operationalisierung: Quantitativer Datensatz der NEP-Skala

Die klassische quantitative NEP-Skala greift auf drei hypothetische Facetten einer ecozentrischen Weltsicht zurück: Reality of Limits of Growth, Antianthropozentrismus und Fragility of Nature's Balance, aus denen 15 Items formuliert werden, die jede Facette mehrmals unterschiedlich formulieren oder negieren. Eine neuere weiterentwickelte Variante fügt noch zwei Facetten hinzu (*Rejection Exemptionalism* und die *Possibility of an Ecocrisis*) (Dunlap 2000: 432-435). Die Befragten müssen auf einer Skala von 1-5 (*Strongly Agree* bis *Strongly Disagree*) angeben wie sehr sie der Aussage zustimmen (Dunlap 2000: 432-435). Daraus ergibt sich ein individueller Wert für jede Person, die auf einer Skala von 0-6 angibt wie stark die Leitidee des New Ecological Paradigm vertreten wird. Diese Werte sind im Allgemeinen negativ mit den Werten der älteren DSP-Skala korreliert (Dunlap 2000:427). So stehen diese theoretisch polarisierend dargestellten Konstrukte auch in einem solchen

empirischen Zusammenhang und müssen nicht separat erhoben werden. Der Mittelwert der Befragten eines Landes zeigt die durchschnittliche Ausprägung des NEP, die Standardabweichung das Ausmaß der durchschnittlichen Abweichung vom Mittelwert. Weil die NEP-Skala die am weitesten verbreitete Messmethode ökologischer Weltsicht ist (Dunlap 2000: 427), stellt sie eine sehr gute Möglichkeit dar, die Umweltparadigmen quantitativ zu erheben.

Lange/Ziegler/Schwiplies (2014) greifen in einer Studie auf den quantitativen Datensatz einer repräsentativen Umfrage des Marktforschungsinstituts Gesellschaft für Konsumforschung aus Mai/Juni 2013 zurück. In diesem Survey wurden in Deutschland und den USA über 2000 Bürger mit einer verkürzten Version der NEP-Skala befragt. Die aktuellen Zahlen, die in beiden Ländern im gleichen Verfahren der Online-Befragung von etwa 1000 Bürgern pro Land erhoben wurden, sind an die aktuellen Bevölkerungsstatistiken angelehnt. Damit erheben sie Anspruch auf Repräsentativität (Lange/Ziegler/Schwiplies 2014: 9) und stellen eine sehr gute quantitative Datenbasis für diese Arbeit dar. Die Verbindung zwischen Theorie und erhobenen Daten wird im Folgenden konkreter erläutert.

In der verkürzten Version werden lediglich sechs Items verwendet und drei Facetten erfragt. Die neue Facette der Possibility of an Ecocrisis knüpft als logische Konsequenz der gesellschaftlich gelebten Überschreitung des Wachstumspotentials in einem fragilen ökologischen Gleichgewicht sowohl an die Facette Reality of Limits of Growth als auch an die Fragility of Nature's Balance. Erfragt wird in der verwendeten Version mit drei Items die als jeher zentral geltende Facette des Anti-anthropozentrismus. Mit zwei weiteren Items wird die Fragility of Nature's Balance erhoben und mit einem letzten die Ecocrisis-Möglichkeit.⁵ In der folgenden Tabelle werden die NEP-Facetten den inhaltlichen Ausprägungen der ecozentrischen Umweltparadigmen (Tabelle 2) zugeordnet und so die Theorie und die empirische Erhebungsskala verknüpft.

⁵ Wortlaut der einzelnen Items sind im Anhang nachzulesen.

Tabelle 3: Zuordnung der NEP-Erhebungsfacetten in das Konzept der Umweltparadigmen

anthropozentrisch DSP/ Frontier Economic	ecozentrisch NEP/ Eco-Development
Beziehung Menschen – Natur	
<ul style="list-style-type: none"> • Mensch als der Natur überlegen • Ausbeutung/Nutzung der Natur je nach menschlichem Bestreben 	<ul style="list-style-type: none"> • Mensch als untrennbarer Teil der Natur ➤ Antianthropozentrismus • Natur als Lebensgrundlage (allen Lebens) • Natur als fragile und schützenswerte/endlliche Ressource ➤ Fragility of Nature’s Balance ➤ Possibility of an Ecocrisis ➤ (Reality of Limits of Growth)
Beziehung Ökologie – Ökonomie	
<ul style="list-style-type: none"> • Umwelt erlangt als Grundlage von Wirtschaftswachstum an (ökonomischer) Bedeutung • Natur als (unendlicher) Ressourcen-Pool • Handlungsimperativ: Wirtschaftswachstum/Wohlstand 	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenwert Natur (unabhängig von Mensch/Ökonomie) ➤ Fragility of Nature’s Balance ➤ Auflösung des Gegensatzes der Sphären Ökologie und Ökonomie (Economized Ecology/Green Growth) (z.B. Entwicklung energieeffizienter Technologien (Eco-Development)) ➤ Possibility of an Ecocrisis ➤ (Reality of Limits of Growth)

Quelle: eigene Darstellung, inhaltlich angelehnt an Colby (1989), Dunlap (2000), Thompson/Barton (1994)

Wie in der Tabelle ersichtlich, decken die erhobenen Facetten der NEP-Skala die theoretischen Kategorien der Umweltleitideen ab. So können aus den Länder-Durchschnittswerten der NEP-Skala Unterschiede in der Ausbreitung und Stärke des ecozentrischen Umweltparadigmas und in Ableitung hieraus auch auf das anthropozentrische Paradigma gezogen werden.

4.2 Operationalisierung: Qualitative Analyse der Wahlprogramme beider Länder

Die anschließende qualitative Dokumentenanalyse der Wahlprogramme der Volksparteien beider Länder soll eine additive Evidenz- oder Falsifikationsfunktion der quantitativen NEP- Ergebnisse erzielen. Zusätzlich kann die qualitative Dokumentenanalyse die Verbindung zu den, den Paradigmen innewohnenden, Normen zum richtigen Umgang mit Umwelt (und Klima) aufzeigen und konkretisieren.

Da in Demokratien Parteien unter anderem für die Artikulation gesellschaftlicher Erwartungen an die Regierung, sowie die Einbringung eben dieser Erwartung in den politischen Entscheidungsprozess zuständig sind (Boeckle/Rittberger/Wagner 2001: 91), können die programmatischen Aussagen der Parteien als Indikatoren für gesellschaftlich geteilte, wertegestützte Erwartungen angemessenen politischen Verhaltens dienen (Jachtenfuchs/Diez/Jung 1997 in: Boeckle/Rittberger/Wagner 2001: 91). Kritisiert werden kann, dass die Differenzierung zwischen Interessen und Normen schwer fällt. Verwiesen werden muss hierbei vor allem auf das Kriterium der Kommunalität der Normen. So reicht es nicht aus, Wahlprogramme einer einzelnen Partei zu untersuchen, um ein hohes Maß an Kommunalität zu erreichen. Kleine Randparteien sind zudem umstritten, da diese eben nicht unbedingt als Vertreter intersubjektiv geteilter Normen der Gesellschaft auftreten, sondern sich gegebenenfalls nur an bestimmte Bevölkerungskreise wenden (Boeckle/Rittberger/Wagner 2001: 92). Am Abschneiden der Parteien bei der Wahl lassen sich Rückschlüsse auf die Unterstützung der artikulierten gesellschaftlichen Verhaltenserwartungen ziehen. Die kritische Masse liegt, so die sozialkonstruktivistische Theoretiker, bei „einer klaren Mehrheit der Einheiten“ (Boeckle/Rittberger/Wagner 2001: 76).

So werden in dieser Arbeit in Deutschland die Wahlprogramme der großen, als Volksparteien geltenden Parteien zur Bundestagswahl 2013 untersucht. Stimmen der CDU (41,5 %) und der SPD (25,7 %) summieren sich auf 67,2 % aller Stimmenabgaben, was eine klare Mehrheit darstellt. Nach aktuellen Umfragen zahlreicher

Meinungsforschungsinstitute hat sich die Unterschätzung der Parteien Anfang 2015 nicht wesentlich verändert (Wahlrecht.de 2015).

Im Zweiparteien-System der Vereinigten Staaten werden die Wahlprogramme der National Election 2012 der Volkparteien Democrats (61,7 %) und Republicans (38,3 %) analysiert. Da sich in der Midterm-Election 2014 die Stimmenverhältnisse der beiden Parteien wieder stark veränderten und die Demokraten ihre Mehrheit im Senat und Repräsentantenhaus verloren haben (Huffington Post 2014), wird argumentiert, dass trotz Mehrheit der Demokraten 2012 nur gemeinschaftlich artikulierte Erwartungen angemessenem Verhaltens als kollektiv geteilte Normen gelten dürfen.

Die methodische Vorgehensweise der qualitativen Dokumentenanalyse, die eine Art der Inhaltsanalyse ist (Stier 1999:162), lehnt sich an Methoden nach Mayring (2000) an. Eine Vorauswahl der zu analysierenden Inhalte ist von zentraler Bedeutung: „[...] Grundgedanke ist, aus der Fragestellung der Studie abgeleitet und theoretisch begründet, ein Definitionskriterium festzulegen, das bestimmt, welche Aspekte im Material berücksichtigt werden sollen, und dann schrittweise das Material danach durcharbeiten“ (Mayring 2000: 4). Die Inhaltsanalyse ist keine subjektive Textinterpretation sondern eine systematische, intersubjektiv nachprüfbare Zerlegung des Dokuments nach den im Voraus definierten Kategorien. Ziel ist es, gewisse analytische Schlüsse bezüglich des *Bedeutungsträgers* Dokument machen zu können (Stier 1999:161-162).

Die hier zu definierenden Kriterien müssen sich erstens an den zu erhebenden Variablen der Umweltparadigmen orientieren. Dabei wird sich auf die, im vorigen Kapitel (3.1) beschriebene, integrierte Struktur der Umweltparadigmenkonzepte bezogen (Tabelle 2). Zweitens soll sich in besonderem Maße auf die normative Dimension der verschiedenen Paradigmen konzentriert werden, da diese konkreteren Handlungs- und Verhaltensorientierungen als Verbindungsstück zwischen abstrakter Leitidee und Außenpolitikposition aus sozialkonstruktivistischer außenpolitikanalytischer Sicht von entscheidender Bedeutung sind.

Der Erhebungsrahmen der zwei Umweltparadigmen als Oberkategorien, aufgeteilt in Colbys Verhältnis-Kategorien *Mensch-Natur* sowie *Ökologie-Ökonomie* bildet in dieser Arbeit die ersten übergeordneten Definitionskriterien der qualitativen Dokumentenanalyse. Die vier Verhältnis-Kategorien werden noch einmal in Unterkategorien unterteilt, die zwischen inhaltlichen und normativen Komponenten unterscheiden. Diese Kategorienbildung steht sowohl in konsistentem Zusammenhang mit den theoretischen Konzepten als auch mit der quantitativen NEP-Skala. Die folgende Tabelle hebt strukturiert sowohl die inhaltlichen als auch die normativen Dimensionen der Paradigmen hinsichtlich des Umgangs mit Umwelt und Klima hervor.

Tabelle 4: Erhebungsrahmen der qualitativen Analyse

anthropozentrisch DSP/ Frontier Economic	ecozentrisch NEP/ Eco-Development
Beziehung Menschen – Natur	
<p>INHALTLICHE KATEGORIEN:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Mensch als der Natur überlegen (Domination of Nature/ <i>Anthropozentrismus</i>) <p>NORMATIVE VERHALTENSORIENTIERUNG:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Zum Wohle des Menschen sollte die Umwelt geschützt werden <ol style="list-style-type: none"> 1. Umweltschutz für menschliche Gesundheit 2. Umweltschutz für Komfort und Lebensqualität 	<p>INHALTLICHE KATEGORIEN:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Mensch als Teil der Natur (<i>Ecozentrismus</i>) 2. Natur als Lebensgrundlage (allen Lebens) 3. Natur als schützenswerte endliche Ressource (<i>Limits of Growth+ Fragility of Natures Balance + Possibility of Ecocrisis</i>) <p>NORMATIVE VERHALTENSORIENTIERUNG:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Natur sollte in ihrer Gänze, als Lebensgrundlage erhalten bleiben <ol style="list-style-type: none"> 1. allgemeiner Umweltschutz mit hoher Priorität 2. Arten- und Tierschutz (<i>Rejection Exemptionalism</i>)
Beziehung Ökologie – Ökonomie	
<p>INHALTLICHE KATEGORIEN:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Umwelt als Grundlage von Wirtschaftswachstum 2. Natur als (unendlicher) Ressourcen-Pool 3. Handlungsimperativ: Wirtschaftswachstum <p>NORMATIVE VERHALTENSORIENTIERUNG:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Umwelt sollte nicht auf Kosten der Wirtschaft geschützt werden <ol style="list-style-type: none"> 1. Ökonomischer Nutzen darf nicht unter Umweltschutz leiden 	<p>INHALTLICHE KATEGORIEN:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eigenwert Natur 2. Auflösung des Gegensatzes der Sphären Ökologie und Ökonomie (<i>Economized Ecology/Green Growth</i>) (z.B Entwicklung energieeffizienter Technologien (Eco-Development)) <p>NORMATIVE VERHALTENSORIENTIERUNG:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Umwelt sollte bedingungslos geschützt werden <ol style="list-style-type: none"> 1. Umweltschutz unabhängig von wirtschaftlichen Überlegungen (NEP) ➤ Die Wirtschaft sollte die Umwelt schützen

Quelle: eigene Darstellung, inhaltlich angelehnt an Dunlap (2000), Thompson/Barton (1994) und Colby (1989)

Aufgabe der Inhaltsanalyse wird es sein, die Aussagen aus den Wahlprogrammen bezüglich Umwelt in dieses Schema einzugliedern. Eine Herausforderung ist es, möglichst viele Aussagen den Kategorien zuordnen zu können, um in einem Ländervergleich die möglicherweise existierende Tendenz unterschiedlicher Leitideen herauszuarbeiten.

4.3 Operationalisierung: Zusammenführung der Analyseergebnisse unter sozialkonstruktivistischen Theorieimplikationen und in Relation zur Klimaaußenpolitik

Wie oben schon als Voraussetzung für die Geltung von Normen und deren Einflussnahme beschrieben, müssen beide Volksparteien eines Landes die jeweilige Verhaltensorientierung artikulieren. Hier wird argumentiert, dass wie für die theoretische Voraussetzung der Kommunalität auch für die Einflussnahme der Leitideen allgemein gilt: Nur wenn in der Analyse eine klare Ausprägung einer der Umweltparadigmen in beiden Wahlprogrammen des jeweiligen Landes auftaucht, können die Leitideen und die verknüpften Normen Einfluss auf die Außenpolitik gewinnen. Bei einem innerstaatlichen Leitideen-Konflikt gewinnt keines der beiden Paradigmen genügend große Kommunalität, so dass das konstruktivistische Konzept hier keinen empirisch greifbaren Erklärungsfaktor der Außenpolitik darstellt. Nur wenn die Analyse eine mehr oder weniger große innerstaatliche Kohäsion über die Ausprägung eines Leitbildes bestätigt, werden die kommunizierten normativen Verhaltensorientierungen des jeweiligen Paradigmas als intersubjektiv geteilte Erwartung angemessenen Verhaltens, also als kollektiv geteilte gesellschaftliche Normen dieses Landes definiert und so das Konzept der Umweltparadigmen mit dem der Normen verknüpft.

Erst dann wird die Stärke dieser Normen nach der im vorherigen Kapitel 3.2 genannten Kriterien (Spezifität, Dauerhaftigkeit, Universalität, Kommunalität, Kohärenz zu anderen Normen und Institutionalisierungsgrad) kurz überprüft. Aus sozialkonstruktivistischer Sicht gilt: Je stärker die den Paradigmen innewohnenden

Normen sind, desto wirkungsmächtiger sind sie in Bezug auf die außenpolitische Position hinsichtlich der Klimapolitik (Brummer/Oppermann 2014: 57-59). Danach werden die Analyseergebnisse in Zusammenhang mit der außenpolitischen Position des jeweiligen Landes gebracht, um die Normenkonformität der Klimaaußenpolitik zu überprüfen.

Sind die Außenpolitikpositionen nicht normenkonform, so kann in diesem Zusammenhang die Wirkung der Umweltparadigmen und die daraus hervorgegangenen Normen nicht nachgewiesen werden, sodass die sozialkonstruktivistische Theorie hier keine empirische Evidenz entfalten und die Analyse an dieser Stelle endet.

Steht die Außenklimapolitik in Relation zu den innerstaatlichen Paradigmen und dessen normativen Verhaltensorientierungen (normenkonforme Außenpolitik), so wird ein weiterer Analyseschritt eingeleitet, der im Anschluss operationalisiert wird.

4.4 Operationalisierung: Überprüfung der handlungsleitenden Wirkung der Umweltparadigmen

Im Folgenden wird sich an Brummer/Oppermann (2014) orientiert, die normenkonforme nicht mit normengeleiteter Außenpolitik gleichsetzen. Nach Brummer/Oppermann bedarf es mehr Evidenz, um die den Paradigmen innewohnenden Normen als erklärende Variable zu verifizieren. Die reine Übereinstimmung zwischen Normen und außenpolitischer Position könnte auch auf interessensbasierte Kosten-Nutzen-Analysen zurückgehen. Die „kausalen Mechanismen“ (Boeckle/Rittberger/Wagner 2001: 77), um normenkonforme von normengeleiteter Außenklimapolitik zu unterscheiden, sind Sozialisationsprozesse. Dementsprechend sollen die zentralen Entscheidungsträger der Außenklimapolitik in beiden Ländern darauf untersucht werden, ob sie einem Sozialisationsprozess hinsichtlich Umweltnormen unterlegen haben. Dabei werden die vier Sozialisationsmechanismen (Imitation,

Arguing-Prozess, Norm Entrepreneur, gesellschaftlicher Druck) aus dem vorherigen Kapitel (3.2) herangezogen.

Die sozietale Sozialisation wird im Fokus stehen, sodass Imitation und Nachahmung sowie die kommunikative Verständigung über die Geltung von Normen (Arguing-Prozess), die nur als Sozialisation internationaler Normen fungieren, aus der Analyse komplett ausgeklammert werden.⁶ Die aktive Verbreitung von Normen durch Norm Entrepreneurs, sowie die Mobilisierung gesellschaftlichen Drucks auf außenpolitische Akteure zu normenkonformem Handeln stehen als Sozialisationsmechanismen innerstaatlicher Normen potenziell für den zweiten Analyseschritt zur Verfügung. Konzentriert wird sich auf die Mobilisierung gesellschaftlichen Drucks. Die Operationalisierung dieses Bottom-Up-Prozesses der gesellschaftlichen Forderungen zur Normenkonformität kann über das Konzept der Relevanz öffentlicher Meinung nach Oppermann/Höse (2005) geschehen. So wird die öffentliche Meinung hinsichtlich politischen Handlungsdrucks zu Umweltfragen erhoben und als Proxyvariable der Mobilisierung gesellschaftlicher Forderungen verwendet. Kurz wird hier das Konzept von Oppermann/Höse (2011) erläutert und im gleichen Schritt operationalisiert:

Der Einfluss der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik, als „aggregierte individuelle Meinungen und Einstellungen zu Gegenständen der politischen Agenda“ (Oppermann/Höse 2011: 61) hängt von drei Faktoren ab. So ist der öffentliche Druck hinsichtlich umwelt- und klimaschützender Außenpolitik umso höher, je deutlicher die Faktoren erfüllt sind.

Gleicht die inhaltliche Ausprägung einem Konsens, so beeinflusst die öffentliche Meinung außenpolitische Themen dementsprechend stärker. Ist sie jedoch fragmentiert, wird sie als irrelevant eingestuft. Als Richtwert gilt eine inhaltliche Übereinstimmung von 60 % der Öffentlichkeit als politisch restriktive Komponente (Graham 1994: 195-197, in: Oppermann/Höse 2011: 66). Zweitens kann die Salienz, also die „Bedeutung, Dringlichkeit und Wichtigkeit eines Themas in der Öffentlich-

⁶ Für differenzierte theoretische Argumentation bezüglich der Sozialisationsmechanismen im Zwei-Ebenen-Kontext siehe Kapitel 3.2 (Abbildung 1).

keit“ (Oppermann/Höse 2011: 61), durch erhobene Daten zu den wichtigsten Themen und Problemen der politischen Tagesordnung operationalisiert werden (Oppermann/Höse 2011: 61-62). Die Salienz hängt einerseits sehr eng mit dem Umfang der Medienberichterstattung zusammen (Agenda-Setting, Priming-Effekt) und wird andererseits durch Elitendissens auf oberster politischer Ebene verstärkt und gilt dementsprechend als zweites entscheidendes Kriterium. Dritter verstärkender Faktor ist die Existenz institutioneller Einflusschancen. Kurz gesagt: Steht eine Wahl (oder ein Referendum) kurz bevor, so wird der öffentlichen Meinung zu wahlkampf-salienten Themen sehr viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt, da die Bürger ihre Repräsentanten in greifbarer zeitlicher Nähe abstrafen können (Oppermann/Höse 2011: 66). Abhängig von der Erfüllung der Faktoren wird der öffentliche Druck zum normenkonformen politischen Handeln als Sozialisationsmechanismus eingeschätzt.

Als Datengrundlage werden die Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Umweltbewusstsein in Deutschland des BMUB/UBA von 2012 sowie Ergebnisse aus dem Eurobarometer 81.3 von 2014 herangezogen. Hier kann klar die inhaltliche Ausprägung sowie die Wichtigkeit des Themas im Vergleich zu anderen Themen (Salienz) ermittelt werden. Da es in Deutschland auf Bundesebene keine Referenden gibt, würde nur eine zeitnahe Bundestagswahl als institutionelle Einflusschance das Gewicht der gesellschaftlichen Forderung erhöhen.

Erst wenn diese Analyse anhand der gewählten Faktoren keinen Einfluss auf die Außenpolitik hat und so eine Verbindung gesellschaftlicher Normen zu politischen Entscheidungsträgern nicht erkennbar ist, wird sich den weniger explizit messbaren, Sozialisationsmechanismen der aktiven Verbreitung durch Norm Entrepreneurs zugewendet.⁷

Nur wenn es eine Evidenz für den kausalen Mechanismus der Sozialisation gibt, kann die sozialkonstruktivistische Außenpolitiktheorie in diesem Fall empirisch bestätigt werden.

⁷ Die Operationalisierung des Mechanismus der Norm Entrepreneur wird je nach Bedarf im späteren Verlauf erfolgen.

4.5 Zusammenfassung der Operationalisierung

Zusammenfassend wird angekündigt, dass erstens die Umweltparadigmen in beiden Ländern per NEP-Skala (5.1) gemessen und diese dann mit Konzentration auf normative Aspekte in einer qualitativen Dokumentenanalyse (5.2, 5.3) noch einmal erhoben werden. Gibt es eine innerstaatliche Kohäsion der Umweltparadigmen-Ausprägung kann an dieser Stelle auf die normenkonzentrierte sozialkonstruktivistische Außenpolitiktheorie zurückgegriffen werden, um die Stärke der den Leitideen innewohnenden Normen zu messen. Nachdem die Ergebnisse der Analysen in Zusammenhang mit den außenpolitischen Positionen (5.4) gebracht worden sind, kann bei Normenkonformität der nächste notwendige Analyseschritt eingeleitet werden, der aus der Messung des gesellschaftlichen Drucks auf die Entscheidungsträger bezüglich normenkonformen Handelns besteht (5.5). Sollte sich herausstellen, dass es gesellschaftliche Forderungen nach Normenkonformität gegeben hat, kann behauptet werden, dass die Leitideen samt normativer Handlungsorientierung in diesem Falle Einfluss auf die Klimaaußenpolitik haben. Schlussendlich werden folgende Hypothesen aufgestellt:

H₁: Je stärker die länderspezifische Ausprägung des ecozentrischen Umweltparadigmas und die damit verknüpften Normen, desto eher wird sich dieses Land ambitionierter Klimaaußenpolitik verschreiben.

H₂: Je stärker die länderspezifische Ausprägung des anthropozentrischen Umweltparadigmas und die damit verknüpften Normen, desto eher wird sich das Land von einer ambitionierten Klimaaußenpolitik distanzieren.

Die Analyse soll nun folgen.

5 Erhebung innerstaatlicher Leitideen und Normen

Nachdem im vorhergehenden Kapitel detailliert die Vorgehensweise der Analyse dargestellt wurde, soll hier nun zur Tat geschritten werden.

5.1 Ländervergleich: Quantitativer Datensatz der NEP-Skala

Die quantitativen Daten der NEP-Skala aus der Studie von Lange/Ziegler/Schwiplies (2014) von Mai/Juni 2013⁸ sind schnell und einfach zu interpretieren. Die Werte sind länderspezifisch zusammengefasst: Der Mittelwert (Mean) ist der Durchschnittswert aller individuellen NEP-Werte der Befragten eines Landes und die jeweilige Standardabweichung (standard deviation) gibt das Ausmaß der Streuung um diesen Durchschnittswert an. Diese zwei Maßzahlen gelten als zentral zur Beschreibung, Einordnung und Interpretation einer Statistik.

Der deutsche NEP-Mittelwert von 4,04 (Lange/Ziegler/Schwiplies 2014: Appendix, Tabelle 3) auf der Skala 0-6 spricht klar für eine durchschnittlich eher ecozentrische Ausprägung des Umweltparadigmas. Im Vergleich hierzu ist der US-amerikanische Mittelwert 3,03 (Lange/Ziegler/Schwiplies 2014: Appendix, Tabelle 3) deutlich geringer und stellt keine durchschnittlich vorherrschende Ausprägung des einen oder des anderen Umweltparadigmas dar. Wie im Theorieteil mehrfach erwähnt, stehen sich die beiden Paradigmen in den Gesellschaften konfliktreich gegenüber. Ob der Mittelwert nun so interpretiert werden muss, dass ein innerstaatlicher Konflikt zwischen ecozentrischem und anthropozentrischem Paradigma besteht, und die starken Ausprägungen der einzelnen sich nur im Mittelwert neutralisieren oder dass viele Befragte keine eindeutige Präferenz für einen der beiden Paradigmen verfolgen, kann am Wert der Standardabweichung erkannt werden. Die durchschnittliche Abweichung vom Mittelwert der US-amerikanischen Stichprobe beträgt 1,88 (Lange/Ziegler/Schwiplies 2014: Appendix, Tabel 3). Die Mehrzahl der

⁸ Für weitere Information zum Datensatz und den abgefragten Facetten der NEP-Skala siehe Kapitel 4.1/Anhang.

individuellen Werte schwankt demnach zwischen 1,15 und 4,91. Diese offensichtlich starke Streuung der Werte spricht dafür, dass beide Paradigmen in den US präsent sind, keines von beiden aber sehr viel stärker ausgeprägt ist. Die qualitative Analyse kann hier mehr Gewissheit schaffen.

Die Standardabweichung 1,82 des deutschen Datensatzes (Lange/Ziegler/Schwiplies 2014: Appendix, Tabel 3) kann ähnlich interpretiert werden: Die Werte schwanken zwischen 2,22 und 5,84 und lassen auf keine einheitliche moderat ecozentrische Ausprägung schließen sondern auf unterschiedliche Ausprägungen beider Paradigmen. Weil jedoch der deutsche Mittelwert schon deutlich ecozentrischer ist als der amerikanische, liegt auch die etwas geringere Streuung deutlicher stärker im ecozentrischen Bereich.

So gibt der quantitative NEP-Wert eine Tendenz an, komplexere Zusammenhänge werden im Folgenden in der qualitativen Analyse der Wahlprogramme ergründet.

5.2 Qualitative Analyse deutscher Wahlprogramme

Im Folgenden werden die Analyseergebnisse der Wahlprogramme der CDU und der SPD zusammengefasst vorgestellt⁹, die nach den, in der Tabelle 4 (4.2) vorgestellten Kategorien durchgeführt wurde. Beide Programme sind im Vorfeld der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag (22. September 2013) verfasst worden. Das Programm der SPD „*Das Wir entscheidet*“, beschreibt auf knapp 120 Seiten die Parteiposition in relevanten Politikbereichen. Die CDU/CSU stellt sich im Programm „*Gemeinsam erfolgreich für Deutschland*“ auf 78 Seiten dar. Allgemein kann man sagen, dass die Wahlprogramme einen unterschiedlichen rhetorischen Stil verfolgen. Während das Wahlprogramm der SPD eher direkte und konkrete Positionen zeichnet und als immer wiederkehrendes Manko unserer Welt die fehlende Gerechtigkeit in den Mittelpunkt rückt, bleibt das CDU-Wahlprogramm allgemeiner und hat da-

⁹ In Gänze erhobene Daten siehe Anhang.

bei einen größeren visionären Anteil. So ist es zu erklären, dass die Analyse des CDU-Programmes etwas ergiebiger hinsichtlich der abstrakten inhaltlichen und normativen Kategorien des Umweltparadigmas ist.

Die klare Mehrheit der Aussagen beider Parteien hinsichtlich Umwelt sind dem ecozentrischen Umweltparadigma zuzuordnen. Die CDU formuliert sogar den Kern dieses Paradigmas in der Aufzählung ihrer Aspekte der Nachhaltigkeit: „Der Mensch ist Teil der Schöpfung. Sie zu schützen ist unser Auftrag.“ (CDU 2013: 20) In der ecozentrischen Verhältnis-Kategorie ‚Mensch-Natur‘¹⁰ wird von beiden deutschen Volksparteien nahezu jede normative als auch inhaltliche Unterkategorie in den Partei-Statements aufgegriffen. Beide Parteien verstehen die ‚Natur als Lebensgrundlage‘: Die SPD beschreibt die biologische Vielfalt als Grundlage allen Handelns. Die Erhaltung und nachhaltige Nutzung dieser, sei unmittelbare Daseinsvorsorge der Menschen (SPD 2013: 92). Die CDU fügt dem hinzu, dass die Basis des Umgangs mit der Natur die nachhaltige Wirtschaftsweise sein muss, die die „Lebensgrundlage und die Lebenschancen für die kommenden Generationen sichert“ (CDU 2013:3). Der Unterkategorie ‚Natur als schützenswerte endliche Ressource‘ konnten über 20 Aussagen beider Parteien zugeordnet werden. Innewohnend in vielen Positionsdarlegungen ist das Bewusstsein über die Wachstumsgrenzen und die Ressourcenknappheit (Limits of Growth). So ist sich die SPD der Probleme des steigenden Verbrauchs von natürlichen Ressourcen bewusst (SPD 2013: 91) und will durch die Senkung der „Materialintensität, der Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme [...] eine Entkopplung von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen“ (SPD 2013: 9). Auch die CDU propagiert den „Weg zu einer echten Kreislaufwirtschaft[...]“ (CDU 2013: 52) und wiederholt mehrmals ihr Ziel der Verbesserung der Energieeffizienz und der Förderung der Energiesparsamkeit (CDU 2013: 30). Die CDU meint „Wachstum vom Rohstoffverbrauch entkoppeln“ (CDU 2013: 51) zu können. Dies ist ein klarer Indikator für das Bewusstsein der Wachs-

¹⁰ Die in die Apostrophs gesetzten Textteile markieren den direkten Bezug zu den Erhebungskategorien der Tabelle 4 und sollen so für Übersichtlichkeit sorgen.

tumsgrenze der Erde. Teil der gleichen Unterkategorie sind die Annahmen über die Fragility of Nature's Balance und daraus folgend die Möglichkeit einer Umwelt- und Klimakatastrophe. Beide Parteien formulieren klare Statements und sind sich nicht nur der Gefahr der Ecocrisis und der weitreichenden Folgen eines solchen globalen Klimawandels bewusst (CDU 2013: 51), sondern sehen sich in der Verantwortung diese existenziellen Herausforderungen zu anzugehen (SPD 2013: 48, 84, 91; CDU 2013: 19,51, 52). So verschreiben sich beide Parteien dem normativen Ziel des ‚Umwelt- und Klimaschutz mit hoher Priorität‘. Während die CDU allgemeiner von der Sicherung einer intakten Umwelt und von Naturschutz (CDU 2013: 51, 52) spricht, heißt es bei der SPD konkreter: „Auch den Schutz des Regenwaldes und anderer Ökosysteme müssen wir voranbringen. Die deutschen Finanzausgaben für den Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt werden wir umsetzen“ (SPD 2013: 117). Teil der ecozentrischen normativen Verhaltensorientierung des ‚Naturschutzes in Gänze‘ ist auch der ‚Arten- und Tierschutz‘, da dies dem anthropozentrischen Exzeptionalismus¹¹ diametral gegenübersteht. Die CDU wiederholt die Wichtigkeit von Artenvielfalt und –reichtum mehrmals (CDU 2013: 52, 53). Die SPD stellt besonders heraus, dass es der Partei gelungen ist „[...]den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern [...]“ (SPD 2013: 90). Beide Parteien proklamieren damit Respekt vor der Tierwelt (Tierschutz) und die Wichtigkeit des Ökosystems (Schutz der biologischen Vielfalt).

Diese sehr ecozentrischen Gründe für den Umweltschutz werden jedoch von beiden Parteien gelegentlich von anthropozentrischer Argumentation ergänzt. Zwar trifft keine der Parteien die anthropozentrische Kernaussage, dass der Mensch der Natur überlegen sei, jedoch wird der ‚Umweltschutz für menschliche Gesundheit, Komfort und Lebensqualität‘ argumentativ nicht ausgelassen. Beide Parteien sehen den Umweltschutz als „zukunftsorientierte Investition in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität“ (SPD 2013: 91), den man auch „[...] unserer Gesundheit zulie-

¹¹ Definition des menschlichen Exzeptionalismus nach dem Human Exzeptionalism (HE) is the “idea that humans are unique, distinctive beings that ought to be assigned fundamental moral value in accordance with that distinctiveness” (Henriques 2013).

be“ (CDU 2013: 52) erweitern muss. Der verantwortungsvolle Umgang mit nuklearem Abfall sei für das Hinterlassen einer lebenswerten Welt von zentraler Bedeutung (CDU 2013: 20,30; SPD 2013: 91). Quantitativ sind jedoch in der Kategorie ‚Verhältnis zwischen Mensch und Natur‘ wesentlich mehr ecozentrische Inhalte in der Analyse erfasst worden: Fünf Aussagen mit einer anthropozentrischen Tendenz stehen 38 eher ecozentrischen Erklärungen gegenüber. Jedoch muss beachtet werden, dass die ein oder andere Aussage je nach Argumentation nicht trennscharf zuzuordnen ist. In der ecozentrischen Kategorie ‚Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie‘, konnte keine parteipolitische Aussage der beiden Wahlprogramme voll und ganz der inhaltlichen Unterkategorie des ‚Natures Intrinsic Value/ Eigenwert der Natur‘ (unabhängig von der Ökonomie) zugeordnet werden. Zwar wurde Wertschätzung gegenüber der Natur in vieler Hinsicht ausgedrückt, jedoch nie gänzlich losgelöst vom Wert für den Menschen. Der zweiten inhaltlichen Unterkategorie der ‚Auflösung des Gegensatzes zwischen Ökologie und Ökonomie‘, die sich auf Colbys Eco-Development Paradigm bezieht, konnten knapp 15 Aussagen zugeordnet werden: Sowohl SPD als auch CDU gehen von Entwicklungssynergien zwischen Wirtschaft und Umweltschutz aus. Dabei soll der ehrgeizige Klimaschutz möglichst wirtschaftlich angegangen werden (CDU 2013: 51). Die Förderung von Ressourcen- bzw. Energieeffizienz soll in der nachhaltigen Entwicklung ein entscheidender Wettbewerbsvorteil werden: „Der verminderte Einsatz von Ressourcen bei Material- und Energiekosten stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ (SPD 2013: 91), (ähnlich: CDU 2013: 12, 51). Mit der „Strategie[entwicklung] zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Umwelt und Wirtschaft [...]“ (CDU 2013: 20) trifft die CDU den Kern des ecozentrischen Verständnisses Ökonomie-Ökologie.

Die normativ-ecozentrischen Verhaltensorientierungen, dass ‚die Umwelt bedingungslos geschützt werden sollte‘ und dies ‚unabhängig von wirtschaftlichen Überlegungen‘ passieren müsste, bzw. dass auch die ‚Wirtschaft direkt eine Pflicht zum Umweltschutz‘ hätte, konnte hier in der Form nicht erhoben werden. Die anth-

ropozentrische normative Verhaltensorientierung, dass die ‚Wirtschaft nicht unter dem Umweltschutz leiden‘ dürfe, konnte ansatzweise gefunden werden. Die CDU spricht davon, dass bei der Minderung der Treibhausgase auch der Erhalt von Arbeitsplätzen und die deutsche Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden müsse (CDU 2013: 51), während die SPD als drittes Ziel der Energiewende, noch vor dem zentralen Punkt des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie nennt. Auch wenn man keine ganz klare Prioritätensetzung erkennen kann, werden hier wirtschaftliche Interessen bei einem Thema der Umwelt- und Klimapolitik sehr hochgehalten, obwohl es durchaus schwerfällt, dies trennscharf von der Co-Entwicklung zwischen Umwelt und Wirtschaft des ecozentrischen Eco-Development Paradigm zu unterscheiden. Trotzdem kann auch für die ‚Verhältnis-Kategorie Ökologie-Ökonomie‘ eine klare quantitative Dominanz der ecozentrischen Ausprägung beider Parteien bestimmt werden (zwei semi-anthropozentrische Aussagen stehen zwölf ecozentrische Aussagen gegenüber).

Zusammenfassend kann man sagen, dass die deutschen Volksparteien eine eher ecozentrische Einstellung zur Natur haben. Die Normen zum Natur-, Arten- und Klimaschutz haben hohe Priorität, während es in Deutschland jedoch noch nicht zur allgemeinen normativen Verhaltensorientierung gehört, den ‚Umweltschutz bedingungslos, ganz unabhängig von wirtschaftlichen Überlegungen‘ durchzusetzen. Diese Ergebnisse zur Ausprägung des moderaten ecozentrischen Paradigmas stehen in einem konsistenten Zusammenhang mit dem quantitativen NEP-Score von 4,04 als deutscher Durchschnittswert.

5.3 Qualitative Analyse US-amerikanischer Wahlprogramme

Identisch zur Analyse der deutschen Wahlprogramme wurden auch die US-amerikanischen Plattformen der Republikaner und der Demokraten zur 57. Präsidentschaftswahl der Vereinigten Staaten (6. November 2012), in die inhaltlich-normativen Kategorien der Umweltparadigmen zerlegt und so systematisch erho-

ben. Das Wahlprogramm der Demokraten „*Moving America Forward*“, bringt auf 32 Seiten, die für die Demokratische Partei wichtigsten Positionen relevanter Politikfelder auf Papier. Das 50-seitige republikanische Programm „*We believe in America*“ grenzt sich nicht nur in Stil sondern vor allem in Auswahl der aufgegriffenen Themenfelder und deren Gewichtung von der demokratischen Plattform ab. Während die Demokraten sich immer wieder auf die Stärkung der Mittelschicht und soziale Reformen, sowie den Klimawandel als Bedrohung beziehen, konzentriert sich die republikanische Partei auf klassisch konservative Themen wie Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Beide Wahlprogramme grenzen sich klar von den sehr viel konkreteren Programmen deutscher Parteien ab. Sie tangieren zwar immer wieder klassische politische Felder wie Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik und vermitteln angestrebte Maßnahmen, sind aber vor allem bemüht ein Bild zu vermitteln, was Amerika war, ist und nach Vorstellung der jeweiligen Partei sein sollte. Obwohl diese wertebезogenen, abstrakten Aussagen eine recht ergiebige Analyse der Leitideen zulassen, wird dies durch die Themengewichtung, vor allem der Republikaner, die dem Bereich Umwelt- und Klimaschutz extrem wenig Zeilen einräumen, an Quantität wieder ausgeglichen. Die Ergebnisse dieser Analyse sollen im Folgenden vorgestellt werden.¹²

Die Wahlprogramme der beiden Parteien sind von großer Divergenz geprägt: Nur wenige Kategorien der Leitideen sind gleichsam von beiden Parteien kommuniziert. Diese existierende Uneinigkeit reduziert die Ergiebigkeit dieser Analyse der Leitideen und Normen stark. Im Folgenden soll versucht werden, die Gemeinsamkeiten herauszustellen.

In der anthropozentrischen ‚Verhältnis-Kategorie Mensch-Natur‘¹³ treffen keine der beiden Parteien inhaltliche Aussagen zur Überlegenheit des Menschen über die Natur. Beide jedoch nennen die ‚menschliche Gesundheit als Grund für die Notwendigkeit von Umweltschutz‘. Besonders deutlich sind die Republikaner, in-

¹² In Gänze erhobene Daten siehe Anhang.

¹³ Auch hier sollen die Apostrophs die Textteile markieren, die direkten Bezug zu den Erhebungskategorien der Tabelle 4 aufweisen.

dem sie eine klare Priorität der Gesundheit der Bürger gegenüber allen anderen möglichen Gründen für Umweltschutz proklamieren: “[...]we believe people are the most valuable resource, and human health and safety are the most important measurements of success. A[n environmental] policy protecting these objectives, [...]” (GOP 2012:18). Auch die Demokraten sehen Umweltverschmutzung als Bedrohung für die menschliche Gesundheit (“Pollutants [...] are a threat to human health,[...]” Democrats 2012: 20) und wollen aus diesem Grund Umweltschutz vortreiben, integrieren aber im gleichen Zusammenhang auch die Umwelt-Gesundheit als ecozentrischen Beweggrund: „[...], and Democrats will continue to stand up to polluters in the interest of environmental and public health.“ (Democrats 2012: 20). Ecozentrisch ist das ‚Verhältnis zwischen Mensch und Natur‘ der Demokraten in vielerlei Aussagen. Beispielsweise bezeugen die Statements zur Bedrohung des Klima und seine weitreichenden Folgen (Democrats 2012: 20, 24, 25) das Bewusstsein über die Möglichkeit einer Ecocrisis. Die Aussage über die „[...]degradation of vital ecosystems across the globe“ (Democrats 2012: 25) trifft die ecozentrische Facette Fragility of Nature's Balance. Hier gibt es kein republikanisches Äquivalent. Auch die normative Verhaltensorientierung des ‚allgemeinen Umweltschutzes‘ wird von den Republikanern so nicht formuliert. Zwar besinnen sie sich an einer Stelle zurück auf ihr konservatives Wesen im Umgang mit der Natur: “As the pioneer of conservation [...] the Republican Party believes in the moral obligation of the people to be good stewards of the God-given natural beauty and resources of our country [...]” (GOP 2012:18). Jedoch stellen sie gleich im nächsten Satz klar, dass die wichtigste natürliche Ressource die menschliche Gesundheit ist (GOP 2012:18), sodass auch diese Aussage in diesem Kontext nicht ecozentrisch zu bewerten ist. Die vielen demokratischen Statements sind deutlicher ecozentrisch. Beispiele sind “Democrats have made protecting the environment a top priority.” (Democrats 2012: 20), “We will preserve landscapes and ecosystems [...]” (Democrats 2012: 21). Keine der beiden Parteien erwähnt den ‚Tier und Artenschutz‘,

oder die Biodiversität in irgendeiner Art, was für ein Desinteresse an der Natur außerhalb des anthropozentrischen Interessensgebietes spricht.

Das ‚Verhältnis zwischen den Sphären Ökonomie und Ökologie‘ ist auch von der Uneinheitlichkeit der Parteien geprägt, hat aber trotzdem eine eher anthropozentrische Tendenz. Die anthropozentrische Sichtweise der ‚Natur als unendlicher Ressourcen-Pool‘, wird von den Republikanern in etwa acht Aussagen formuliert. Die deutlichsten Beispiele sind “The United States [...] have been blessed with abundant energy resources [...]” (GOP 2012:15); “[...] the nation’s enormous reserves that are ours for the development[...].” (GOP 2012:15); “[...],taking advantage of all our American God-given resources” (GOP 2012:15). Neben diesen Statements, die nicht deutlicher hätten formuliert werden können, wirkt die einzelne demokratische Aussage etwas blass, ist aber im Kern vom anthropozentrischen ‚Naturbild als Ressourcen-Pool‘ geprägt: “We can move towards a sustainable energy-independent future if we harness all of America’s great natural resources” (Democrats 2012: 7). Besonders klar wird die Sicht der Republikaner auf die ‚Umwelt als Ressourcen-Pool‘ anstatt eines schützenswerten Naturbildes in der Äußerung, dass sie die “..., coastal plain of the Arctic National Wildlife Refuge (ANWR) for exploration and production of oil and natural gas, [...]” (GOP 2012:16) öffnen wollen. Der nächste inhaltliche Punkt der ‚Umwelt als Grundlage für Wirtschaftswachstum‘ knüpft direkt hieran an. Die anthropozentrischen Aussagen der Republikaner über die Abhängigkeit des Wirtschaftswachstum von Ressourcen-Überfluss sind extrem ergiebig: “A growing, prosperous economy and our standard of living and quality of life, moreover, depend on affordable and abundant domestic energy supplies.” (GOP 2012:15); “We are also the party of America’s growers and producers [...]and all those who bring from the earth the minerals and energy that are the lifeblood of our nation’s historically strong economy” (GOP 2012:15). Der Zusammenhang zwischen der anthropozentrischen ‚Handlungsimperative des Wirtschaftswachstums‘ ist klar aufzuzeigen, wird aber noch durch Statements wie, “[w]e are the party of sustainable jobs and economic growth – through American

energy, agriculture and environmental policy" (GOP 2012:15) verstärkt. Zur Auffassung ‚Ressourcen-Pool als Grundlage des Wirtschaftswachstums‘ konnte kein Äquivalent der Demokraten gefunden werden. Vom Wirtschaftswachstum als anthropozentrischem Credo können sich aber auch die Demokraten nicht gänzlich lösen („[...]must promote economic growth[...]“ (2012:12). Hieran anknüpfend ist die ecozentrische Facette der ‚Auflösung des Gegensatzes der Sphären Ökonomie und Ökologie‘ und die demokratische Betonung der veränderten Wirtschaftsweise als „Green Growth“ (Democrats 2012:28), die viel häufiger geäußert wird. Die Demokraten “[...]will continue to champion sustainable growth that includes the clean energy that creates green jobs and combats climate change“ (Democrats 2012: 21). Keine einzige Aussage der Republikaner hat ähnliche inhaltliche Implikationen für die Veränderung der Wirtschaftsweise hin zur Nachhaltigkeit oder der Kombination von ökonomischem Nutzen und ökologischem Schutz. Die normative ecozentrische Verhaltensorientierungen des ‚bedingungslosen Umweltschutzes‘ (unabhängig von ökonomischen Kosten-Nutzenanalysen) bzw. dass auch die ‚Wirtschaft eine Pflicht zum Umweltschutz haben sollte‘, wird von keiner der beiden US-amerikanischen Parteien in ähnlicher Form formuliert. Die Republikaner jedoch tun sich andersherum, bei der anthropozentrischen normativen Dimension, dass ‚ökologischer Nutzen nicht unter Umweltschutz leiden sollte‘, sehr viel leichter:

We also call on Congress to take quick action to prohibit the EPA (Environmental Protection Agency) from moving forward with new greenhouse gas regulations that will harm the nation’s economy and threaten millions of jobs over the next quarter century (GOP 2012: 19).

Auf weitere Aussagen wird hier nicht eingegangen, denn im demokratischen Wahlprogramm konnte keine äquivalente Aussage gefunden werden, sodass dies nicht einfach als gesellschaftlich geteilte Norm gelten kann.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die US-amerikanischen Parteien sich antagonistisch gegenüberstehen und sich der Paradigmen-Konflikt anhand der Partei-Grenzen manifestiert, so dass praktisch keine der beiden Paradigmen als do-

minant gelten kann. Während die Demokraten eher ecozentrisch argumentieren, bestätigen aber auch sie den anthropozentrischen Beweggrund, dass ‚zum Wohle der Menschen und ihrer Gesundheit die Umwelt geschützt werden sollte‘, was nun als kleinster gemeinsamer Nenner gelten darf. Das ‚Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie‘ ist eher anthropozentrisch. Auch hier formuliert die republikanische Partei sehr viel mehr und viel deutlichere Statements. Obwohl sich die Demokraten in den meisten Aussagen auch in die Richtung der ‚Auflösung des Gegensatzes von Ökologie und Ökonomie‘ hin zu einer veränderten, nachhaltigen Wirtschaftsweise entwickeln, formulieren sie in anderen Aussagen auch wenige anthropozentrische Statements.

Mehr als Gemeinsamkeiten wurde in der Analyse die Unterschiedlichkeit der Parteien festgestellt. Deswegen muss klar gesagt werden, dass diese Unterschiedlichkeit innerhalb des gewählten Analyserahmens bzw. innerhalb der ländervergleichenden Forschungsfrage eine Schwierigkeit darstellt, da die US-amerikanischen Leitideen als mehr oder weniger einheitliches Konstrukt den deutschen gesellschaftlich geteilten Paradigmen gegenüber gestellt werden sollen. Der innerstaatliche Paradigmen-Kampf, so spannend und forschungsbedeutend er auch sein mag, muss Thema einer anderen Arbeit sein, bestätigt aber die Interpretation der Standardabweichung der quantitativen Analyse. So werden im Folgenden die quantitativen und qualitativen Analyseergebnisse beider Länder zusammengefasst, voneinander abgegrenzt und mit der klimaaußenpolitischen Positionen kombiniert und so verglichen.

5.4 Ländervergleich: Die Analyseergebnisse unter sozialkonstruktivistischen Theorieimplikationen und in Relation zur Klimaaußenpolitik

Die, in der Analyse erhobenen, inhaltlichen und normativen Komponenten der Umweltparadigmen der USA und Deutschland werden im Folgenden gegen-

übergestellt, in Anknüpfung an die Theorie interpretiert und in Verbindung mit den unterschiedlichen klimaaußenpolitischen Positionen gebracht.

Der US-amerikanische NEP-Wert von 3,03 auf einer Skala von 0-6 lässt darauf schließen, dass keines der Paradigmen gesellschaftlich mit großer Dominanz geteilt wird. Diese Vermutung bestätigt sich in der qualitativen Analyse: Der Leitidee-Konflikt entfaltet sich entlang der Parteigrenzen. Die demokratische Partei argumentiert moderat ecozentrisch und kann durchaus mit den deutschen Volksparteien verglichen werden, während die Republikaner sich stark anthropozentrisch darstellen. Diese Fragmentierung der Gesellschaft hinsichtlich der Umweltparadigmen lässt auf keine allgemeingesellschaftlich geteilte Leitidee mit genügend großer Kommunalität schließen. Damit die Leitidee und das darin innewohnende Normen-Set Einfluss auf die Klimaaußenpolitik gewinnen kann, muss das Umweltparadigma innergesellschaftlich aber als dominant geteilt gelten. Nach der Analyse der Wahlprogramme, die den deutlichen Paradigmenkonflikt der Parteien offenlegt, kann dies nicht erfüllt werden.

Obwohl die einzelne Norm des Umweltschutzes für Gesundheitsschutz als kleinster gemeinsamer Nenner der beiden Parteien im Umgang mit der Umwelt festgestellt werden konnte, wird die Analyse dieses moderat anthropozentrischen Beweggrundes hier aus zweierlei Gründen nicht weitergeführt: Erstens ist die Norm nun nicht mehr konsistenter Teil eines dominant-gesellschaftlich geteilten Umweltparadigmas, sodass eine Analyse des Einflusses dieser Norm nicht direkt zur Beantwortung der Forschungsfrage „Einfluss gesellschaftlicher Leitideen“ beitragen würde, zweitens kann aus sozialkonstruktivistischer normentheoretischer Sicht die Norm nicht als stark gelten, da sie nur einen kleinen Teil von Umweltschutzmaßnahmen legitimiert, die direkten Einfluss auf die Gesundheit des Menschen haben (z.B. Lärmschutz). Bei diesem Defizit an Universalität der Norm kann nicht erwartet werden, dass diese Norm große Bedeutung auf allgemeine Klimapolitik gewinnen kann.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass aufgrund der Fragmentierung der US-amerikanischen Umweltparadigmen-Ausprägung die weitere Analyse des Einflusses der mit den Leitideen verknüpften Normen abgebrochen wird, da keines der Paradigmen alleine als Erklärungsfaktor gelten kann.

Anders stellen sich die deutschen Analyseergebnisse dar: Hier konnte festgestellt werden, dass Deutschland eine moderat ecozentrische Einstellung zur Natur hat: Dabei stellt der länderspezifische NEP-Wert von 4,04 einen moderaten ecozentrischen Mittelwert dar. Die etwas geringere Standardabweichung 1,82 lässt auf eine deutliche Schwankung schließen, die sich jedoch deutlich klarer im ecozentrischen Gebiet bewegt. Die qualitative Analyse ergründet konsistent hierzu ebenfalls eine vorwiegend ecozentrische Einstellung zur Umwelt: So wurden sowohl die meisten inhaltlichen als auch normativen Kategorien des ecozentrischen Paradigmas von beiden großen Volksparteien vorrangig formuliert und dürfen so als dominantes gesellschaftlich geteiltes Leitbild gelten. Das Set von Normen, das angeknüpft an das ecozentrische Umweltparadigma in den Wahlprogrammen formuliert wurde, der allgemeine Umweltschutz (Natur-, Klima-, und Artenschutz), darf nun im Folgenden anhand der in 3.2 genannten Kriterien auf Stärke und so auf die Wirkungsmächtigkeit bezüglich Klimaaußenpolitik überprüft werden. Dieser Schritt stellt die Verknüpfung des Leitideen-Konzepts mit der normenzentrierten Außenpolitikanalyse dar.

Die Spezifität des Normen-Sets kann kaum als besonders hoch eingestuft werden, da die Normen wenig konkret auf eine Handlungssituation hindeuten sondern relativ allgemein bleiben. Es kann jedoch in unterschiedlichsten Situationen auf die Normen hingewiesen werden und in Folge dessen sehr klar zwischen angemessenem und unangemessenem Verhalten unterschieden werden. Dementsprechend wird das Normen-Set als moderat spezifisch eingeordnet.

Da der Institutionalisierungsgrad auch Auskunft über die Dauerhaftigkeit und die Kommunalität der Normen gibt, werden die Kriterien zusammen bestimmt. Umweltschutz hat in Deutschland, eine weit ins 19. Jahrhundert hineinreichende

Tradition (Woyke/Andersen 2003: Kapitel Umweltpolitik), was für eine sehr hohe Dauerhaftigkeit spricht. Die aktuell wichtigsten staatlichen Umweltschutz-Akteure sind das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN). Hinzu kommen übergeordnete EU-Institutionen sowie zahlreiche Landes- und Kommunalämter (Woyke/Andersen 2003: Kapitel Umweltpolitik). Neben dieser hohen institutionellen Dichte gibt es in Deutschland aktuell 259 Rechtsvorschriften, von denen 82 als Gesetze des BMUB gelten (BMUB 2013). Dementsprechend kann von einem sehr hohen Institutionalierungsgrad gesprochen werden, von dem auch eine hoher Grad an Kommunalität abgeleitet wird. Dieser kann zudem durch die Unterstützung der Parteien, die diese geäußert haben, ergründet werden ($\geq 67\%$ Ergebnisse Bundestagswahl 2013).

Die Universalität der Normen ist extrem hoch. Die Normen richten sich nicht nur an bestimmte Akteursgruppen zu bestimmten Zeiten sondern an Jeden zu praktisch jeder Zeit. So deckt das Normen-Set einen allumfassenden Umgang mit der Umwelt ab, sodass davon ausgegangen wird, dass es für die Klimaaußenpolitik eine gewichtige Größe darstellen kann.

Die allumfassende Analyse des Kriteriums der Kohärenz zu anderen Normen übersteigt den Rahmen dieser Bachelorarbeit, so kann hier nur argumentativ darauf verwiesen werden, dass die Normen als Teil der abstrakten Leitidee im konsistenten Zusammenhang mit anderen Verhaltenserwartungen des jeweiligen Paradigmas stehen.

Zusammenfassend wird also argumentiert, dass die Kriterien der Kommunalität, der Dauerhaftigkeit, des Institutionalierungsgrad, der Universalität und Kohärenz zu anderen Normen gänzlich erfüllt sind, während man sagen kann, dass die Spezifität der Normen nur als hinreichend eingestuft werden kann. Die Quintessenz ist, dass die Normen als stark und wirkungsmächtig gelten dürfen.

Nun stellt sich die Frage, ob die deutsche Klimaaußenpolitik als normenkonform gelten darf. Klimaschutz als einer der großen Bereiche der Umweltpolitik fällt

in jederlei Hinsicht in den Bereich der ecozentrischen Verhaltensorientierung des allgemeinen Umweltschutzes, da ein Klimawandel das gesamte Ökosystem, wie wir es kennen, verändern würde (Hirsch 2012: 3).

Es scheint jedoch kein einziger Staat auf dem Weg zu sein, den gefährlichen Klimawandel tatsächlich zu verhindern (Klimaschutz-Index 2014: 3). So muss fraglich bleiben, ob der deutsche Klimaschutz, so ambitioniert er auch sein mag, die Umwelt, wie wir sie nun kennen, zu bewahren weiß. Referenzpunkt der Argumentation der Normenkonformität muss so die Politikrealität des Klimaschutzes im internationalen Vergleich bleiben.

Die hohe Dauerhaftigkeit des allgemeinen Umweltschutzes steht in konsistentem Zusammenhang zur deutschen Rolle in den Anfängen der internationalen Klimaschutz-Kooperation: Deutschland war von Beginn an, an einer ambitionierten Klimaaußenpolitik interessiert. Die aktuellen Reduktionsziele von 40 % THG bis 2020, sowie 80-95 % bis 2050 des Klimaaktionsplans 2014 (BMUB 2014a) sowie eine Klimafinanzierung von 1 Milliarde US-Dollar in den GCF sind im internationalen Vergleich überdurchschnittlich. Im Klimaschutz-Index 2013 steht Deutschland noch auf Platz 8, fällt zwar im folgenden Bericht 2014 deutlich aus den TopTen und ergattert nur den Platz 19 von über 60 gemessenen Ländern (Klimaschutz-Index 2013/2014), kann aber nichts desto trotz als überdurchschnittlich ambitioniert gelten. Demensprechend wird hier argumentiert, dass die Klimaaußenpolitik in angemessener Relation zum ecozentrischen Normen-Set steht und so als normenkonform gelten darf.

Im Folgenden wird nun der zweite Analyseschritt nach Brummer/Oppermann (2014) eingeleitet, um das ecozentrische Paradigma und die damit verknüpften Normen als handlungsleitende Variable zu verifizieren.

5.5 Überprüfung der handlungsleitenden Wirkung der Umweltparadigmen

Bei der Übereinstimmung von Normen und außenpolitischer Position kann erst die Analyse des *kausalen Mechanismus* (Boeckle/Rittberger/Wagner 2001: 77) des Sozialisationsprozesses zwischen normenkonformen und normengeleiteter Außenklimapolitik unterscheiden. So wird sich nun dem sozietalen Sozialisationsmechanismus der Mobilisierung gesellschaftlicher Forderung nach normenkonformer Außenpolitik hinsichtlich dem allgemeinen Umwelt-, Klima-, und Artenschutz in Deutschland zugewandt.¹⁴ Dieser Bottum-Up-Sozialisationsprozess Mobilisierung gesellschaftlicher Forderungen zu mehr politischem Umweltschutz wird über das Konzept der Relevanz öffentlicher Meinung nach Oppermann/Höse 2005 operationalisiert¹⁵.

Die drei Faktoren: a) Inhaltliche Ausprägung b) Salienz des Themas und c) institutionelle Einflusschancen werden im Folgenden überprüft, sodass eine Aussage über den Einfluss gesellschaftlicher Forderung nach umwelt- und klimaschützender (Außen)politik getroffen werden kann.

Im Special-Eurobarometer 81.3 von 2014 wurde die Einstellung zur Umwelt in ganz Europa erhoben und dabei anteilig 1546 Deutsche befragt. So geht aus den Daten eine klare Handlungsaufforderung für die deutsche Politik hervor, sich mehr für den Umweltschutz einzusetzen: 62 % der Deutschen finden, dass die deutsche Bundesregierung nicht genug tut, um die Umwelt zu schützen, während nur 2 % der Ansicht ist, dass sie zu viel tut und 19 % den aktuellen Rahmen der Umweltschutzpolitik für passend hält. So fordern eine relevante Mehrheit ($\geq 60\%$) eine stärker Umwelt schützende normenkonforme Politik der Bundesregierung. Das Kriterium der inhaltlichen Ausprägung als notwendige Bedingung für den Einfluss gesellschaftlicher Forderung ist damit erfüllt.

¹⁴ Nähere Theorieimplikationen zum a) Konzept der Sozialisationsmechanismen sind in Kapitel 3.2 und b) zur Argumentation der Auswahl des Sozialisationsmechanismus Kapitel 4.4 zu finden.

¹⁵ Zum theoretischen Konzept der Relevanz öffentlicher Meinung nach Oppermann/Höse (2005) sind weitere Information in 4.4 zu finden.

Die Salienz, als Wichtigkeit eines Themas relativ zu anderen politischen Themen wird hier durch die Rangliste politischer Aufgabenfelder in der Umfrage des Umweltbundesamts: Umweltbewusstsein 2012 erhoben (N=2000). Demnach gehört für die Bevölkerung Umweltschutz zu den wichtigsten politischen Handlungsfeldern der Gegenwart. 35 % der Befragten nennen Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes bei der offenen Frage „*Was glauben Sie, ist das wichtigste Problem, dem sich unser Land heute gegenüber sieht?*“. Dabei wurden alle Bereiche des allgemeinen Umweltschutzes mit einbezogen: Klima-, Natur-, Tier- und Artenschutz, sowie Probleme des Klimawandels und Naturkatastrophen. Gegenüber der letzten Umfrage von 2010 ist das ein Anstieg um 15 Prozent (UBA/BMUB 2012: 18) Häufiger nur werden Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung genannt (36 %), so gehört Umweltpolitik aus Sicht der öffentlichen Meinung zu den absoluten Top-Themen der Politik und können so als hoch salient gelten. Zusätzlich kann die Salienz durch den existenten Elitendissens erhöht werden: Die Oppositionspartei, Bündnis 90/Die Grünen fordert deutlich mehr Umweltschutz und stellen dies regelmäßig in der Bundestagsdebatte dar. Das dritte Kriterium, das nicht als notwendige Bedingung aber als verstärkender Faktor gelten kann, ist die Existenz von institutionellen Einflusschancen. Da die letzte Bundestagswahl im September 2013 stattfand (vor 1 ½ Jahren) und es keine Referenden auf Bundesebene gibt, kann das dritte Kriterium der zeitnahen Wahl nicht erfüllt werden.

Trotz der fehlenden Wahlen sind durch die klare inhaltliche Ausprägung der gesellschaftlichen Forderung zur Normenkonformität und die hohe Salienz von Umweltpolitik-Themen die beiden notwendigen Bedingungen erfüllt, um relevant für Außenpolitik sein zu können. So kann zusammengefasst werden, dass die gesellschaftliche Forderung nach Umweltschutz Einfluss auf die Außenpolitik und deren Entscheidungsträger erlangt und so die Sozialisation der Norm des allgemeinen Umweltschutzes ergründet werden konnte. Folgerichtig kann nun behauptet werden, dass die ecozentrische Leitidee samt der verknüpften normativen Hand-

lungsorientierung des allgemeinen Umweltschutzes im Falle Deutschlands Einfluss auf die Klimaaußenpolitik erlangt.

6 Fazit

Ziel der Arbeit war es, die Unterschiedlichkeit der Klimaaußenpolitik der USA und Deutschland anhand gesellschaftlich geteilter Leitideen hinsichtlich des Umgangs mit der Umwelt zu erklären. Zentrale Bedeutung lag auf der theoretischen Weiterentwicklung des Umweltparadigmen-Konzepts durch die Verknüpfung mit normenzentrierten Außenpolitikanalysetheorien. So konnte in dieser Arbeit geklärt werden, erstens ob gesellschaftliche Leitideen Einfluss auf Klimaaußenpolitik gewinnen können, zweitens unter welchen Bedingungen dies geschieht und drittens wie bzw. in welche Richtung welche gesellschaftlichen Leitideen die Klimaaußenpolitik beeinflussen können.

Im ersten Teil der Arbeit wurden länderspezifische Unterschiede in der Ambition des internationalen Klimaschutzes deutlich: Die US-amerikanische Klimaaußenpolitik legt sich, im Vergleich zu Deutschland, auf weniger hohe und nicht völkerrechtlich festgeschriebene THG-Reduktionen fest und zahlt proportional weniger in den Klimafinanzierungsfond GCF ein. Zur Erklärung dieses unterschiedlichen Umgangs mit demselben globalen Problem des Klimawandels, wurde sich dann sozialkonstruktivistischen Perspektiven zugewandt. Die theoretische Verknüpfung des Umweltparadigmen-Konzepts mit dem normenzentrierten Außenpolitikanalyserahmen gelang weitgehend zufriedenstellend und wurde durch den Analyse-Teil der Arbeit auf den Prüfstand gestellt.

In den Vereinigten Staaten zeigt sich ein innergesellschaftlicher Paradigmenkonflikt zwischen ecozentrischer und anthropozentrischer Leitidee, in dem keines der beiden als dominant geteiltes Paradigma als entscheidender Erklärungsfaktor Bedeutung gewinnen kann. So wurde die weitere Analyse zum Einfluss der Leit-

ideen und Normen auf Außenpolitik abgebrochen. Anhand dieses Ergebnisses kann weder H1 noch H2 bestätigt oder falsifiziert werden.

In Deutschland allerdings lässt sich ein einheitlich geteiltes moderat ecozentrisches Umweltparadigma nachweisen. Somit konnte die Analyse und mit ihr die Integration des Normen-Konzepts als nächste Analyseschritte weitergeführt werden. Die deutsche Umweltleitidee samt verknüpftem Normen-Set des Umweltschutzes konnte in diesen weiterführenden Schritten als erklärende Variable auf die Klimaaußenpolitik identifiziert werden.

Zusammenfassend kann also behauptet werden, dass die Umweltleitideen erstens Einfluss auf die Außenpolitik gewinnen können, wenn sie (zweitens) mehrheitlich in der Gesellschaft geteilt sind. Drittens konnte aufgezeigt werden, in welche Richtung die ecozentrische Leitidee die Klimaaußenpolitik beeinflusst: Je stärker die länderspezifische Ausprägung des ecozentrischen Umweltparadigmas und die damit verknüpften Normen, desto eher wird sich dieses Land ambitionierter Klimaaußenpolitik verschreiben. Damit darf die H1 als bestätigt gelten, während über die H2 keine Aussage getroffen werden kann.

Aufgrund der neuartigen Weiterentwicklung der Konzepte, kommt der Analyse hier nicht nur eine hypothesen-verifizierende/-falsifizierende Funktion zu, sondern sie ist vor allem ein erster Test der Operationalisierbarkeit der ‚frisch-verknüpften‘ Theorien. Vor dem Hintergrund dieses explorativen Charakters der Arbeit können die Ergebnisse nur als begrenzt valide gelten. Zentral für weitere Forschung wäre die weitergehende Verknüpfung der beiden Konzepte, nicht nur, wie in dieser Arbeit geschehen, über argumentatives Aufzeigen der Verbindung beider Konstrukte (3.1, 4.3), sondern über empirische Korrelationen und qualitative Erhebungen. Auch die integrierten Umweltparadigmen-Konzepte und der daraus entstandene Erhebungsrahmen müssten in weiteren Arbeiten ausdifferenziert und mögliche Inkonsistenz aufgelöst werden, um ein komplett einheitliches Konzept darzustellen. Die Auseinandersetzung mit dem Mainstream der sozialkonstruktivistischen Außenpolitikanalyse, die normenzentrierten Theorien, zeigten ein überras-

schendes Defizit an Operationalisierbarkeit auf, die es zu verbessern und konkretisieren gilt.

Trotz der aufgezeigten Probleme ist der Mehrwert dieser Arbeit unbestreitbar. Durch die Verknüpfung der Leitideen-Konzepte mit den normenzentrierten Theorien konnte eine Weiterentwicklung beider Ansätze erreicht werden: Während die analytische Darstellung des Einflusses der abstrakten Leitideen durch die Verbindung mit den Normen an konsistentem Charakter gewinnt und erst dadurch eine Operationalisierbarkeit erreicht werden kann, profitiert der normenzentrierte Außenpolitik-Ansatz von der theoretischen Öffnung durch einen Zugewinn an analytischer Tiefe. So werden Normen Teil eines tiefergreifenden Konstruktes und stehen nicht nur in kohärentem Zusammenhang mit anderen Normen sondern auch zu abstrakten inhaltlichen sozialkonstruierten Ideen über die Beschaffenheit der Welt.

Neben diesem theoretischen Mehrwert, gibt die Arbeit präzise Auskunft über das Verhältnis von Mensch und Umwelt in den beiden Ländern. Die weitere Forschung in diesem Bereich wäre von Bedeutung für eine Verbesserung der kulturellen Reflexion der Entscheidungsträger in der internationalen Klimapolitik.

Konkrete Prognosen für die COP 21 in Paris lassen sich jedoch kaum stellen. Dem demokratischen, eher ecozentrischem US-amerikanischen Präsidenten bleibt die Entscheidungsfreiheit durch die innerstaatliche anthropozentrisch eingestellte republikanische Mehrheit verwehrt. Daher wird die Ratifizierung eines ambitionierten internationalen Klimaabkommens seitens der USA schwierig werden. Für Deutschland, als in die EU eingebundenes Land, ist zu vermuten, dass ein ambitioniertes Abkommen angestrebt wird und auch ratifiziert werden könnte. Hier gilt aber ganz besonders: die außenpolitische Position, der output, ist nach der Konferenz auf internationaler Bühne nicht das outcome der Verhandlungen. Vom Ergebnis der Klimakonferenz wird viel abhängen, geht es doch um die Zukunft unserer Erde, wie wir sie kennen.

7 Literatur

- AA (2014a). Das Kyoto-Protokoll - derzeit wichtigstes globales Umweltabkommen, Auswärtiges Amt, Bereich globale Frage. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/VereinteNationen/Schwerpunkte/VN-Klima-Kyoto_node.html. Zugegriffen: 17. Feb. 2015.
- AA (2014b). Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) und Klimaverhandlungen, Auswärtiges Amt, Bereich globale Fragen. http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/VereinteNationen/Schwerpunkte/VN-KlimarahmenKonv_node.html. Zugegriffen: 17. Feb. 2015.
- Adler, E. (2002). Constructivism and International Relations. In: W. Carlsnaes, T. Risse & B. Simmons (Hrsg.), *Handbook of International Relations* (S. 95-119). London, Thousand Oaks, New Delhi: SAGE Publications.
- Andersen, U. & W. Woyke (2003). Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40390/umweltpolitik?p=all>. Zugegriffen: 18. März 2015.
- BMUB (2013). Alle Gesetze und Verordnungen aus dem Geschäftsbereich des BMUB, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. <http://www.bmub.bund.de/themen/strategien-bilanzengesetze/gesetze-verordnungen/alle-gesetze-und-verordnungen-aus-dem-bmub-geschaeftsbereich/>. Zugegriffen: 17. März 2015.
- BMUB (2014a). Aktionsprogramm Klimaschutz 2020, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. <http://www.bmub.bund.de/filead->

min/Daten_BMU/Download_PDF/Aktionsprogramm_Klimaschutz/aktionsprogramm_klimaschutz_2020_broschuere.pdf. Zugegriffen: 18. Feb. 2015.

BMUB (2014b). Hintergrundinformationen- Green Climate Fund, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Europa___International/green_climate_fund_hg_bf.pdf. Zugegriffen: 17. Feb. 2015.

BMZ Presse Meldung (20.11.2014). Grüner Klimafonds macht Mut für weltweites Klimaabkommen, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2014/november/20141120_pm_Gruener-Klimafonds-macht-Mut-fuer-weltweites-Klimaabkommen/index.html. Zugegriffen: 18. Feb. 2015.

Boeckle, H., Nadoll, J. & Stahl, B. (2000). Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise. PAFE-Arbeitspapier, http://www.phil.uni-passau.de/fileadmin/dokumente/lehrstuehle/stahl/Theoretische_Grundlegung_und_methodische_Vorgehensweise.pdf. Zugegriffen: 18.Dez.2015

Boeckle, H., Rittberger, V. & Wagner, W. (2001). Soziale Normen und normenrechte Außenpolitik- Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. *Zeitschrift für Politikwissenschaften*, 11 (1), 71-103.

Böhler-Baedeker, S. & Mersmann, F. (2013). Ein Ziel, viele Strategien -Klimapolitik in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung.

<http://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/ klimawandel/38554/klimapolitik-in-deutschland>. Zugegriffen: 18. Feb. 2015.

- Brummer, K. & Oppermann, K. (2014). *Außenpolitikanalyse*. München: Oldenbourg Verlag, 51-69.
- CDIAC (2013). Fossil Fuels Emission, Carbon Dioxide Information Analysis Center. http://cdiac.ornl.gov/trends/emis/meth_reg.html. Zugegriffen: 14. März 2015.
- CDU (2013). Regierungsprogramm 2013-2017, Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. <https://www.cdu.de/regierungsprogramm>. Zugegriffen: 15. Juli 2015.
- Checkel, J. (1999). Norms, Institutions and National Identity in Contemporary Europe. *International Studies Quarterly*, 43 (1), 83-114.
- Checkel, J. (2001). Why Comply? Social Learning and European Identity Change. *International Organization*, 55 (3), 553-588.
- Colby, M. (1989). The Evolution of Paradigms of Environmental Management in Development, Strategic Planning and Review Department, The World Bank, WPS 313. <http://core.ac.uk/download/pdf/6615361.pdf>. Zugegriffen: 06. Feb. 2015.
- Cordano, M., Welcomer, S. & Scherer, R. (2003). An Analysis of the Predictive Validity of the New Ecological Paradigm Scale. *The Journal of Environmental Education*, 34 (3), 22-28.
- Davis, J., Le, B. & Coy, A. (2011). Building a model of commitment to the natural environment to predict ecological behavior and willingness to sacrifice. *Journal of Environmental Psychology*, 31, 257-265.
- Democrats (2012). The 2012 Democratic Platform, Moving America Forward. <https://www.democrats.org/party-platform>. Zugegriffen: 15. Juli 2015.
- Ditzel, P. (2011). Die internationale Klimapolitik aus neorealistischer Perspektive Erklärungsansätze für das Staatsverhalten von Deutschland und den USA.

In: M. Müller (Hrsg.), *Casebook internationale Politik* (S. 138-160). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dröge, S. & Thiegles, S. (2014). Neue Führung in der Klimapolitik: Yes, we can- after all- Die USA zwischen internationalem Anspruch und nationalen Herausforderungen, SWP-Aktuell, 2014 (44). http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/%202014A44_dge_tlg.pdf. Zugegriffen: 17. Feb. 2015.

Dunlap, R. (2000). Measuring Endorsement of the New Ecological Paradigm: A Revised NEP Scale. *Journal of Social Issue*, 56 (3), 425-442.

Dunlap, R. (2008). The New Environmental Paradigm Scale: From Marginality to Worldwide Use. *The Journal of Environmental Education*, 40 (1), 3-18.

Enzyklo (2014). Die deutsche Enzyklopädie. <http://www.enzyklo.de/Begriff/Umwelt>. Zugegriffen: 18. März 2015.

EPA (2014). Inventory of U.S. Greenhouse Gas Emission and Sinks: 1900-2012, Executive-Summary, United States Environmental Protection Agency. <http://www.epa.gov/climatechange/Downloads/ghgemissions/US-GHG-Inventory-2014-Chapter-Executive-Summary.pdf>. Zugegriffen: 18. Feb. 2015.

EPA (2015). Laws and Executive Orders, United States Environmental Protection Agency. <http://www2.epa.gov/laws-regulations/laws-and-executive-orders>. Zugegriffen: 18. März 2015.

EU-COM (2014). 2030 framework for climate and energy policies, European Commission. http://ec.europa.eu/clima/policies/2030/index_en.html. Zugegriffen: 18. Feb. 2015.

Eurobarometer (2014). Einstellung zur Umwelt - Ergebnisse für Deutschland 2014, Special-Eurobarometers 81.3. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_416_fact_de_de.pdf. Zugegriffen: 17. Feb. 2015.

Finnemore, M. (1993). International Organizations as Teachers of Norms: The United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization and Science Policy. *International Organization*, 49 (4), 565-597.

Finnemore, M. & Sikkink, K. (1998). International Norm Dynamics and Political Change. *International Organization*, 52 (4), 887-917.

GCF (2014a). Green Climate Fund Launches Initial Contribution Process in Oslo, Press Release Green Climate Fund, (14.07. 2014).
http://www.gcfund.org/fileadmin/00_customer/documents/Press/GCF_Press_Release_Nr._06_1_July_2014.pdf. Zugegriffen: 18. Feb. 2015.

GCF (2014b). Game-changing U.S. Pledge of \$3 billion, *Press Release Green Climate Fund*, (15.11.2014).
http://www.gcfund.org/fileadmin/00_customer/documents/Press/GCF_Press_Release_2014_11_15_US_pledge.pdf. Zugegriffen: 18. Feb. 2015.

GOP (2012). Republican Platform 2012, We believe in America.
<https://cdn.gop.com/docs/2012GOPPlatform.pdf>. Zugegriffen 15. Juli 2015.

Haas, P. & Adler, E. (1992). Conclusion: Epistemic Communities, World Order and the Creation of a reflective Research Program. *International Organization*, 46 (1), 267-290.

Henriques, G. (2013). On Human Exceptionalism, Psychology Today.
<https://www.psychologytoday.com/blog/theory-knowledge/201301/human-exceptionalism>. Zugegriffen: 17. Feb. 2015.

- Höse, A. & Oppermann, K. (2005). Die öffentliche Meinung als Katalysator für transatlantische Kooperation und Konflikte. In: T. Jäger, A. Höse & K. Oppermann (Hrsg.), *Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit* (S. 375-396). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Höse, A. & Oppermann, K. (2011). Innerstaatliche Restriktionen deutscher Außenpolitik. In: T. Jäger, A. Höse & K. Oppermann (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen* (S. 61-66). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huffington Post (2014). Election 2014. <http://elections.huffingtonpost.com/2014/results>. Zugegriffen: 17. Feb. 2015.
- IPCC (2007). Synthesis Report- Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment, *Intergovernmental Panel on Climate Change* (Hg.), Genf. https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf. Zugegriffen: 30.September 2015.
- IPCC (2014). Synthesis Report-Summary for Policymakers, *Intergovernmental Panel on Climate Change* (Hg.), Genf. http://ar5-syr.ipcc.ch/ipcc/ipcc/resources/pdf/IPCC_SynthesisReport.pdf. Zugegriffen: 30.September 2015.
- Jachtenfuchs, M. (1993). Ideen und Interesse: Weltbilder als Kategorie der politischen Analyse. *Mannheim Centre for European Social Research*, WPS 3 (2), 1-29.
- Jachtenfuchs, M. (1995). Ideen und Internationale Beziehungen. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 2 (2), 417-442.
- Klimaschutz-Index 2013. Germanwatch/CAN Europe. <http://germanwatch.org/de/download/7161.pdf>. Zugegriffen: 18. März 2015.

- Klimaschutz-Index 2014. Germanwatch/CAN Europe.
<http://germanwatch.org/de/download/8602.pdf>. Zugegriffen: 18. März 2015.
- Lange, A., Schwirplies, C. & Ziegler, A. (2014). On the interrelation between carbon offsetting and other voluntary climate protection activities: Theory and empirical evidence, Universität Kassel, Joint Discussion Paper Series in Economics, WSP 47, 2014. <http://hdl.handle.net/10419/105083>. Zugegriffen: 06. Feb. 2015.
- Mayring, P. (2000). Qualitative Inhaltsanalyse, Forum Qualitative Social Research, 1(2), Art. 20. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0002204>. Zugegriffen: 06. Feb. 2015.
- Milbrath, L. (1985). Culture and Environment in the United States. *Environmental Management*, 9 (2), 161-172.
- Raymond, G. (1997). Problems and Prospects in the Studies of International Norms. *Mershon International Studies Review*, 41 (2), 205-245.
- Risse, T. (2003). Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde. In: G. Hellmann, K. Wolf & M. Zürn (Hrsg.), *Die neuen Internationalen Beziehungen - Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland* (S. 99-132). Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Santarius, T. (2007). Klimawandel und globale Gerechtigkeit. *APuZ-Aus Politik und Zeitgeschichte: Ökologische Gerechtigkeit*, 24 (2007), 18-23.
- SPD (2013). Regierungsprogramm 2013-2017, Das Wir gewinnt, (23.08.2013).
http://www.spd.de/95466/regierungsprogramm_2013_2017.html. Zugegriffen: 15. Juli 2015.
- Stier, W. (1999). *Empirische Forschungsmethoden*. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.

- Thompson, S. & Michelle A. (1994). Ecocentric and anthropocentric attitudes toward the environment. *Journal of Environmental Psychology*, 14 (2), 149–157.
- UBA (2013a). Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), Umweltbundesamt. <http://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/internationale-euklimapolitik/klimarahmenkonvention-der-vereinten-nationen-unfccc>. Zugegriffen: 17. Feb. 2015.
- UBA (2013b). Kyoto-Protokoll, Informationen des Umweltbundesamt. <http://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/internationale-euklimapolitik/kyoto-protokoll>. Zugegriffen: 17. Feb. 2015.
- UBA (2014). Emissionsentwicklung 1990-2012, Umweltbundesamt. <http://www.umweltbundesamt.de/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-deutschland>. Zugegriffen: 17. März 2015.
- UBA/BUMB (2012). Umweltbewusstsein in Deutschland-Eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, Umweltbundesamt/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. <http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/4396.pdf>. Zugegriffen: 17. März 2015.
- Ulbert, C. (1997). Ideen, Institutionen und Kultur-Die Konstruktion (internationaler) Klimapolitik in der BRD und in den USA. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 4, 9-40.
- Ulbert, C. (2005). Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik-Theoretische Ansätze und methodische Herangehensweise. In: C. Ulbert & C. Weller (Hrsg.), *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik* (S. 9-34). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ulbert, C. (2010). Sozialkonstruktivismus. In: S. Schieder & M. Spindler (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen* (S. 42-46). Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Ulbert, C. & Weller, C. (2005). *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

UNFCCC (1992). Klimarahmenkonvention, United Nations Framework of Climate Change, Artikel 2. http://unfccc.int/files/essential_background/background_publications_htmlpdf/application/pdf/conveng.pdf. Zugegriffen: 06. Feb. 2015.

UNFCCC (1998). Kyoto-Protokoll, United Nations Framework of Climate Change, Artikel 3. <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpeng.pdf>. Zugegriffen: 06. Feb. 2015.

UNFCCC (2014). Appendix I - Quantified economy-wide emissions targets for 2020, United Nations Framework of Climate Change. http://unfccc.int/meetings/copenhagen_dec_2009/items/5264.php. Zugegriffen: 06. Feb. 2015.

Wahlrecht.de (2015). Sonntagsfrage Bundestagswahlen. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/>. Zugegriffen: 17. März 2015.

Wendt, A. (1987). The Agent-Structure Problem in International Relations Theory. *International Organization*, 41(3), 335-370.

Wendt, A. (1992). Anarchy is what States Make of it: The Social Construction of Power Politics. *International Organization*, 49 (2), 391-425.

White House (2014). Climate Change- And President Obama's Action Plan, US-Government. <http://www.whitehouse.gov/climate-change>. Zugegriffen: 18. Feb. 2015.

8 Anhang

NEP-Item aus verwendeter Studie - Lange /Schwirplies/Ziegler (2014)

Grundlegende Frage: "how strongly do you agree to the following statement"

Antwort-Kategorien: "very weakly", "rather weakly", "neither weakly nor strongly", "rather strongly", "very strongly".

Verwendete Items:

1. *"humans have the right to modify the natural environment to suit their needs"* (Antianthropozentrismus)
2. *"humans are severely abusing the planet"* (Ecocrisis)
3. *"plants and animals have the same right to exist as humans"* (Anti-anthropozentrismus)
4. *"nature is strong enough to cope with the impacts of modern industrial nations"* (Fragility)
5. *"humans were meant to rule over the rest of nature"* (Antianthropozentrismus)
6. *"the balance of nature is very delicate and easily upset"* (Fragility)

Erhebungsdaten: Qualitative Analyse Wahlprogramme SPD und CDU

<i>anthropozentrisch</i> DSP/ Frontier Economic	<i>ecozentrisch</i> NEP/ Eco-Development
Beziehung Menschen – Natur	
<p><u>INHALTLICHE KATEGORIEN:</u></p> <p>1. MENSCH ALS DER NATUR ÜBERLEGEN (DOMINATION OF NATURE/ ANTHROPOZENTRISMUS)</p> <p><u>NORMATIVE VERHALTENSORIENTIERUNG:</u></p> <p>➤ Zum Wohle des Menschen sollte die Umwelt geschützt werden</p> <p>3. UMWELTSCHUTZ FÜR MENSCHLICHE GESUNDHEIT</p> <p>➤ <u>CDU</u> „Schutz vor Lärm und Schädlichen Stoffen unserer Gesundheit zuliebe“ (CDU 2013: 52) „...sichere Aufbewahrung der hoch radioaktiven Abfälle zu finden, ist uns ein Gebot der Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln.“ (CDU 2013: 30)</p> <p>➤ <u>SPD</u> „Für uns ist Umweltschutz immer auch eine zukunftsorientierte Investition in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität.“ (SPD 2013: 91)</p>	<p>INHALTLICHE KATEGORIEN:</p> <p>➤ MENSCH ALS TEIL DER NATUR → ECOZENTRISMUS</p> <p>➤ Der Mensch ist Teil der Schöpfung. Sie zu schützen ist unser Auftrag.“ (Ecozentrismus) (CDU 2013: 20)</p> <p>➤ NATUR ALS LEBENSGRUNDLAGE (ALLEN LEBENS) <i>KEINE AUSSAGE</i></p> <p>➤ <u>SPD</u> „Die biologische Vielfalt ist Grundlage unseres Handelns und Wirtschaftens, wir verstehen ihre Erhaltung und nachhaltige Nutzung als unmittelbare Daseinsvorsorge für unsere Bürger“ (SPD 2013: 92)</p> <p>➤ <u>CDU</u> „Deswegen brauchen wir eine nachhaltig Wirtschaftsweise, die die Lebensgrundlage und die Lebenschancen für die kommenden Generationen sichert“(CDU 2013: 3)</p> <p>➤ NATUR ALS SCHÜTZENSWERTE ENDLICHE RESSOURCEN (LIMITS + FRAGILITY + ECOCRISIS)</p> <p>➤ <u>Limits of Growth</u></p> <p>➤ <u>SPD</u> „Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen wird in naher Zukunft zu Problemen führen, die vor allem die nachfolgenden Generationen belasten werden“ (SPD 2013: 91) „Durch eine Senkung von Materialintensität, der Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme wollen wir eine Entkopplung von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen“ (SPD 2013: 91) „Energieeffizienz des Verkehrs verbessern und seinen CO₂-Ausstoß deutlich vermindern“ (SPD 2013: 34) (Limitis)</p>

<p>4. UMWELTSCHUTZ FÜR KOMFORT UND LEBENSQUALITÄT</p> <p>➤ CDU</p> <p>„Wir wollen unsere Nachkommen (→ anthropozentrischer Beweggrund) eine Welt bewahren und hinterlassen, die auch morgen noch lebenswert (→ impliziert Intrinsic Value) ist“ (CDU 2013: 20)</p> <p>➤ SPD</p> <p>„Luftreinhaltung, Lärmschutz, gesunde Böden, sauberes Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosystem sind Voraussetzungen für Lebensqualität...“ (SPD 2013: 91)</p>	<p>„Die Energiewende verbindet Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.“ (SPD 2013: 35) (Limitis)</p> <p>➤ CDU</p> <p>„Energieeffizienz erhöhen und Energiesparsamkeit fördern“ (Limits of Growth) (CDU 2013: 30) (Limitis), „...das spart Rohstoffe“ (CDU 2013: 52) (Limits)</p> <p>„Erneuerbare Energieversorgung und Energiesparen ist der beste Klimaschutz“ (Limits of Growth (CDU 2013: 51) (Limits) „...auf Erneuerbare Energien und einen geringem Energieverbrauch setzt, schützen wir zugleich unsere Umwelt und fördern den Klimaschutz.“ (CDU 2013:28) (Limits) „Wachstum vom Rohstoffverbrauch entkoppeln“ (CDU 2013: 51) (Limits)</p> <p>„auf dem Weg zu einer echten Kreislaufwirtschaft...Wiederverwertung ist unser Ziel“ (CDU 2013: 52) (Limits)</p> <p>„Entkopplung des weltweiten Wirtschaftswachstums vom Verbrauch an Rohstoffen und Naturgütern sowie verantwortungsbewusstes Verhalten der Verbraucher“ (CDU 2013: 51) (Limitis)</p> <p>➤ Fragility and Ecocrisis</p> <p>➤ SPD</p> <p>„Wir werden den Klimawandel bekämpfen...“ (SPD 2013: 91) „Die Menschheit wird im globalen 21. Jahrhundert die existenziellen Herausforderungen der Zeit nur noch gemeinsam lösen können: Den Klimawandel begrenzen,...“ (SPD 2013: 108), „...Bearbeitung zentraler Zukunftsaufgaben (z.B Klimawandel)“ (SPD 2013: 48) „Wir packen die großen Herausforderungen an. Sozialer Zusammenhalt, Integration, demographischer Wandel, altersgerechter Umbau und Klimaschutz“ (SPD 2013: 84)</p> <p>➤ CDU</p> <p>„Dies gilt gerade angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen wie dem globalen Klimawandel, der Versorgung einer immer größer werdenden Weltbevölkerung,...“ (CDU 2013:19) „...Ostsee und Nordsee mit dem besonders</p>
---	--

	<p>empfindlichen Weltnaturerbe Wattenmeer“ (CDU 2013: 53) (Balance), „Verlust von biologischer Vielfalt eindämmen- unsere Heimat lebenswert erhalten“ (CDU 2013: 52) (Balance), „...“, das viele –oft vom Aussterben bedrohte Tierarten- eine sichere Heimat gibt“ (CDU 2013: 52) (Balance/Ecocrisis), „Die Überfischung und der Missbrauch der Meere als Müllkippe rauben unzähligen Wassertieren die Lebensgrundlage und drohen damit langfristig das gesamte Ökosystem Meer zu zerstören.“ (CDU 2013: 53) (Ecocrisis/Balance) Klimaschutz ist einer der großen Herausforderungen der Menschheit. Die Erderwärmung hat weltweite Folgen“ (CDU 2013: 51) (Ecocrisis)</p> <p style="text-align: center;"><u>NORMATIVE VERHALTENSORIENTIERUNG:</u></p> <p>➤ Die Natur sollte in Ihrer Gänze, als Lebensgrundlage erhalten bleiben</p> <p style="text-align: center;">1.ALLGEMEINER UMWELTSCHUTZ MIT HOHER PRIORITÄT</p> <p>➤ <u>CDU</u> „Deutschlands lebenswerte Heimat schützen“ (CDU 2013: 51) (allgemeiner Umweltschutz), „Intakte Umwelt sichern“ (CDU 2013: 51) (allgemeiner Umweltschutz)...“Naturschutz sichern“ (CDU 2013: 52) (allgemeiner Umweltschutz)Dort wo die Nutzung neuer Flächen nicht vermeidbar ist wollen wir den erforderlichen Naturschutzausgleich verstärken“ (CDU 2013: 60) (allgemeiner Umweltschutz)</p> <p>➤ <u>SPD</u> „Auch den Schutz des Regenwald und anderer Ökosystem müssen wir voranbringen. Die deutschen Finanzausgaben für den Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt werden wir umsetzen“ (SPD 2013: 117) „Wir werden uns nicht nur Deutschland, sondern auch weltweit für den Erhalt unserer Umwelt einsetzen und international für den Meeresschutz auf hoher See...eintreten.“ (SPD 2013: 92) (allgemeiner Umweltschutz) „Der Rückgang des Grünlandes überall in Europa muss eben-</p>
--	---

	<p>so gebremst werden,...“ (SPD 2013:90) (allgemeiner Umweltschutz)</p> <p>2.ARTEN- UND TIERSCHUTZ (REJECTION EXEMPTIONALISM)</p> <p>➤ CDU</p> <p>„Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat bewahren“ (CDU 2013: 52) (allgemeiner Umwelt- und Artenschutz)</p> <p>„Wir wollen die Wassergüte weiter verbessern, damit auch in anderen Flüssen und Gewässern der Artenreichtum weiter zunimmt“ (Ecozentrismus) (CDU 2013: 53) „Die Polarmeere...verdienen unseren besonderen Schutz: Mit ihrer einzigartigen Tierwelt und ihrem besonderem Naturhaushalt sind sie wichtige Klimamotoren für unsere Erde“ (CDU 2013: 53) (Ecozentrismus) „Artgerechte Tierhaltung und ein hohes Tierschutzniveau sind für uns von zentraler Bedeutung“ (CDU 2013: 59) (Ecozentrismus) „Das erfolgreiche Bundesprogramm 'Biologische Vielfalt' wollen wir stärken“ (CDU 2013: 52) (Ecozentrismus/ Balance)</p> <p>➤ SPD</p> <p>Wir sind stolz darauf, das es unter unserer Regierungsverantwortung gelungen ist, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern...“ (SPD 2013: 90)“... mit dem Arten- und Naturschutzzielen der nationalen Biodiversitätsstrategie...“ (SPD 2013: 90) „Deutschland hat immer noch einen besonders hohen Flächenverbrauch, wertvolle Bodenfläche geht verloren. Das bedroht Artenvielfalt, führt zu Überschwemmungen und trägt zum Klimawandel bei.“ (SPD 2013: 92)</p>
--	--

Beziehung Ökologie – Ökonomie	
<p><u>INHALTLICHE KATEGORIEN:</u></p> <p>1. NATUR ALS (UNENDLICHE) RESSOURCEN-SENKE ➤ KEINE AUSSAGE</p> <p>2. UMWELT ALS GRUNDLAGE VON WIRTSCHAFTSWACHSTUM ➤ KEINE AUSSAGE</p> <p>3. HANDLUNGSIMPERATIV: WIRTSCHAFTSWACHSTUM ➤ KEINE AUSSAGE</p> <p><u>NORMATIVE VERHALTENSO-RIENTIERUNG:</u></p> <p>➤ Die Umwelt sollte nicht auf Kosten der Wirtschaft geschützt werden</p> <p>1. ÖKONOMISCHER NUTZEN DARF NICHT UNTER UMWELTSCHUTZ LEIDEN ➤ <u>CDU</u> „...klimaschädliche Treibhausgase vermindert werden können. Zugleich werden wir den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft angemessen berücksichtigen“ (CDU 2013: 51)</p> <p>➤ <u>SPD</u> 3. Ziel der Herausforderung Energiewende: „...die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Industrie“, erhalten (noch vor dem zentralen Punkt des „Ausbau der Er-</p>	<p><u>INHALTLICHE KATEGORIEN:</u></p> <p>3. EIGENWERT NATUR ➤ KEINE AUSSAGE</p> <p>4. AUFLÖSUNG DES GEGENSATZES DER SPHÄREN ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE ➤ <u>SPD</u> „Der Verminderte Einsatz von Ressourcen bei Material- und Energiekosten stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ (SPD 2013: 91) „Um Wälder und Forste für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten, setzen wir uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein, die Waldnutzung und Waldschutz miteinander verbindet.“ (SPD 2013: 92) „Künftige Mobilität muss daher zugleich wirtschaftlich vernünftig, sozial gerecht und ökologisch sinnvoll sein.“ (SPD 2013: 33) „Eine erfolgreiche Energiewende ist auch eine große Chance für den Industriestandort Deutschland“ (SPD 2013: 35) „...treten wir für eine ökologisch und wirtschaftlich verantwortungsvolle Energie- und Klimaaußenpolitik ein.“ (SPD 2013: 114)</p> <p>➤ <u>CDU</u> „... Strategien zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Umwelt und Wirtschaft ...“ (CDU 2013: 20) ;(→ Synergien/Symbiotische Beziehung Ökonomie-Ökologie) , „Deshalb wollen wir ein Wachstum das Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verbindet“ (CDU 2013: 19) (→ Synergien/Symbiotische Beziehung Ökonomie-Ökologie), „Umweltschutz zusammen mit dem Mensch und der Wirtschaft voranbringen“ (CDU 2013: 51) (→ Synergien/Symbiotische Beziehung Ökonomie-Ökologie), „...Klima- und Umweltschutz ...schafft Arbeitsplätze“ (Economized Ecology) (CDU 2013: 51) (→ Synergien/Symbiotische Beziehung Ökonomie-</p>

<p>neuerbaren Energien“)</p>	<p>Ökologie), „Wir wollen diese ehrgeizigen [Klimaschutzziele] möglichst wirtschaftlich erreichen“ (CDU 2013: 51) (→ Synergien/Symbiotische Beziehung Ökonomie-Ökologie), „Umwelttechnologien stärken so unsere Wirtschaft und helfen, knappe Rohstoffe und Energie einzusparen“ (CDU 2013: 51) (→ Limits of Growth), „...nachhaltiges Wachstum nur im Einklang mit unserer Umwelt und unseren natürlichen Lebensgrundlagen möglich ist“ (CDU 2013: 51) (→ Synergien/Symbiotische Beziehung Ökonomie-Ökologie) „...Lösungen, die Nachhaltiges Wachstum zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil für unsere Wirtschaft machen“ (CDU 2013: 12) „</p> <p><u>NORMATIVE VERHALTENSORIENTIERUNG:</u></p> <p>5. DIE UMWELT SOLLTE BEDINGUNGSLOS GESCHÜTZT WERDEN</p> <p>➤ KEINE AUSSAGE</p> <p>6. UMWELTSCHUTZ UNABHÄNGIG VON WIRTSCHAFTLICHEN ÜBERLEGUNGEN (NEP)</p> <p>➤ KEINE AUSSAGE</p> <p>7. DIE WIRTSCHAFT SOLLTE DIE UMWELT SCHÜTZEN</p> <p>➤ KEINE AUSSAGE</p>
<p><u>UNKLAR ZUZUORDNEN:</u></p>	
	<p>„...Verzicht des Einsatzes von Fracking..., bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden“ (SPD 2013: 40)</p> <p>„Die Fördermittel müssen dazu beitragen die immer zu hohen Umweltschäden durch Teile der Landwirtschaft, Gewässer- und Luftbelastung, Artenschwund und Bodenbereinträchtigungen zu mindern.“ (SPD 2013: 89)</p> <p>„Tierschutz ist ein unverzichtbarer Be-</p>

	<p>standteil verantwortungsvoller Ernährungs, - Landwirtschafts, Verbraucher- und Umweltpoli- tik.“ (SPD 2013: 90)</p> <p>„Schutz globaler Güter, wie Sicherheit, ein intaktes Klima oder wirtschaftliche Stabilität...“ (CDU 2013: 74) (?????)</p> <p>„Der Schutz der Umwelt ist für uns von zentraler Bedeutung. Uns ist bewusst, dass wir nicht nur Verantwortung für die heutige Genera- tion tragen, sondern auch dafür das unsere Kin- der und Enkel in einer guten und gesunden Um- welt aufwachsen können“ (CDU 2013: 5)</p>
--	--

Erhebungsdaten: Qualitative Analyse Wahlprogramme Democrats und Republicans

<i>anthropozentrisch</i> DSP/ Frontier Economic	<i>ecozentrisch</i> NEP/ Eco-Development
Beziehung Menschen – Natur	
<p><u>INHALTLICHE KATEGORIEN:</u></p> <p>2. MENSCH ALS DER NATUR ÜBERLEGEN (DOMINATION OF NATURE/ ANTHROPOZENTRISMUS)</p> <p><u>NORMATIVE VERHALTENSO-RIENTIERUNG:</u></p> <p>➤ Zum Wohle des Menschen sollte die Umwelt geschützt werden</p> <p>5. UMWELTSCHUTZ FÜR MENSCHLICHE GESUNDHEIT</p> <p>➤ <u>GOP:</u> “...,we believe people are the most valuable resource, and human health and safety are the most important measurements of success. A[n environmental] policy protecting these objectives, however, must balance economic development and private property rights in the short run with conservation goals,...”(GOP 2012:18)</p> <p>➤ <u>DEM:</u></p>	<p><u>INHALTLICHE KATEGORIEN:</u></p> <p>MENSCH ALS TEIL DER NATUR → <i>ECOZENTRISMUS</i></p> <p>➤ <i>KEINE AUSSAGE</i></p> <p>NATUR ALS LEBENSGRUNDLAGE (ALLEN LEBENS)</p> <p>➤ <i>KEINE AUSSAGE</i></p> <p>NATUR ALS SCHÜTZENSWERTE ENDLICHE RESSOURCEN (<i>LIMITS + FRAGILITY +ECOCRISIS</i>)</p> <p>➤ <i>KEINE AUSSAGE REPUBLIKANER</i></p> <p>➤ <u>DEM:</u> “Encountering emerging threats [like] climate change.” (Dem 2012: 24)“The national security threat from climate change is real, urgent, and severe. The change wrought by a warming planet will lead to new conflicts over refugees and resources; new suffering from drought and famine; catastrophic natural disasters; and the degradation of vital ecosystems across the globe” (Dem 2012: 25), “We know that global climate change is one of the biggest threats of this generation – an economic, environmental, and national security catastrophe in the making.”(Dem 2012: 20), “Democrats will continue pursuing efforts to combat climate change at home.” (Dem 2012: 20)</p>

<p>“...to cut pollution and advance public health – protecting our children and communities from harmful pollution.” (Dem 2012: 20)“Pollutants [...] are a threat to human health, and Democrats will continue to stand up to polluters in the interest of environmental and public health.”(Dem 2012: 20)</p> <p>6. UMWELTSCHUTZ FÜR KOMFORT UND LEBENSQUALITÄT</p> <p><i>KEINE AUSSAGE</i></p>	<p><u>NORMATIVE VERHALTENSORIENTIERUNG:</u></p> <p>➔ Die Natur sollte in Ihrer Gänze, als Lebensgrundlage erhalten bleiben</p> <p>ALLGEMEINER UMWELTSCHUTZ MIT HOHER PRIORITÄT</p> <p>➤ <i>KEINE AUSSAGE REPUBLIKANER</i></p> <p>➤ <u>DEM:</u> “Democrats are committed to balancing environmental protection with development, and that means preserving sensitive public lands from exploration, like the Arctic National Wildlife Refuge, Pacific West Coast, Gulf of Maine, and other irreplaceable national landscapes.” (Dem 2012: 7), Democrats have made protecting the environment a top priority.” (Dem 2012: 20) „...national treasures...”(Dem 2012: 21)“...expand investments in conserving and restoring forests, grasslands, and wetlands across America.” (Dem 2012: 21)“We will preserve landscapes and ecosystems...” (Dem 2012: 21) “We are restoring treasured landscapes like the Great Lakes, the Florida Everglades, and local wilderness areas.” (Dem 2012: 21)</p> <p>➤ ARTEN- UND TIERSCHUTZ (REJECTION EXEMPTIONALISM)</p> <p>➤ <i>KEINE AUSSAGE</i></p>
<p>Beziehung Ökologie – Ökonomie</p>	
<p><u>INHALTLICHE KATEGORIEN:</u></p> <p>NATUR ALS (UNENDLICHE) RESSOURCEN-SENKE</p> <p>➤ <u>DEM:</u> “We can move towards a sustainable energy-independent future if</p>	<p><u>INHALTLICHE KATEGORIEN:</u></p> <p>EIGENWERT NATUR</p> <p>➤ <i>KEINE AUSSAGE</i></p>

we harness all of America's great natural resources." (Dem 2012: 7)

➤ GOP:

"The United States ... have been blessed with abundant energy resources..." (GOP 2012:15) (unendliche Ressourcen) "Advancing technology has given us a more accurate understanding of the nation's enormous reserves that are ours for the development..." (GOP 2012:15) (unendliche Ressourcen) "...taking advantage of all our American God-given resources." (GOP 2012:15) (unendliche Ressourcen)

"We will end the EPA's war on coal and encourage the increased safe development in all regions of the nation's coal resources, the jobs it produces, and the affordable, reliable energy that it provides for America." (GOP 2012:16) (Mehr Ressourcen-Ausbeutung) "We support opening the Outer Continental Shelf (OCS) for energy exploration,..." (GOP 2012:16) (Mehr Ressourcen-Ausbeutung) "..., opening the coastal plain of the Arctic National Wildlife Refuge (ANWR) for exploration and production of oil and natural gas,..." (GOP 2012:16) (Mehr Ressourcen-Ausbeutung), "Nuclear energy... must be expanded." (GOP 2012:16) (Mehr Ressourcen-Ausbeutung) "The Forest Service should be charged to use these resources to the best economic potential for the nation. We must limit injunctions by activist judges regarding environmental management" (GOP 2012: 17) (Mehr Ressourcen-Ausbeutung)

AUFLÖSUNG DES GEGENSATZES DER SPHÄREN ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE

➤ *KEINE AUSSAGE REPUBLIKANER*

➤ DEM:

"Democrats support making America the world's leader in **building a clean energy economy**" (Dem 2012: 7) "**promote Green Growth**" (Dem 2012:28) "Democrats are committed to protecting our natural resources while creating jobs, preserving habitats, and ensuring that future generations can enjoy our nation's outdoor heritage." (Dem 2012: 20), "Today we are **responsibly developing our natural resources to create clean energy jobs here at home while encouraging conservation, reducing energy waste, and protecting the environment.**" (Dem 2012: 20) "**...economies commit to reduce their emissions.**" (Dem 2012: 25), "And we will **continue to champion sustainable growth that includes the clean energy that creates green jobs and combats climate change.**" (Dem 2012: 21) "We can further cut our reliance on oil with increased energy efficiency" (Dem 2012: 7)

NORMATIVE VERHALTENSORIENTIERUNG:

<p>UMWELT ALS GRUNDLAGE VON WIRTSCHAFTSWACHSTUM</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ <i>KEINE AUSSAGE DEMOKRATEN</i> ➤ <u>GOP</u>: “We are the party of sustainable jobs and economic growth – through American energy, agriculture and environmental policy.” (GOP 2012:15) (Umwelt → Grundlage Wachstum) “America’s Natural Resources: Energy, Agriculture and the Environment (GOP 2012: Inhaltsverzeichnis)”, “We are also the party of America’s growers and producers [...]and all those who bring from the earth the minerals and energy that are the lifeblood of our nation’s historically strong economy.” (GOP 2012:15) (Umwelt → Grundlage Wachstum) “We are determined to create jobs, spur economic growth, lower energy prices, and strengthen our energy industry.” (GOP 2012:15) (Umwelt → Grundlage Wachstum)“All estimates of America’s oil and natural gas reserves indicate an incredible bounty for the use of many generations to come.” (GOP 2012:16) (Umwelt → Grundlage Wachstum) “..., stable, and reliable energy supply for all parts of the country and all sectors of the economy.” (GOP 2012:15) (Umwelt → Grundlage Wachstum) “A growing, prosperous economy and our standard of living and quality of life, moreover, depend on affordable and abundant domestic energy supplies.” (GOP 2012:15) <p>HANDLUNGSIMPERATIV: WIRTSCHAFTSWACHSTUM</p>	<p>DIE UMWELT SOLLTE BEDINGUNGSLOS GESCHÜTZT WERDEN</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ <i>KEINE AUSSAGE</i> <p>UMWELTSCHUTZ UNABHÄNGIG VON WIRTSCHAFTLICHEN ÜBERLEGUNGEN (NEP)</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ <i>KEINE AUSSAGE</i> <p>DIE WIRTSCHAFT SOLLTE DIE UMWELT SCHÜTZEN</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ <i>KEINE AUSSAGE</i>
---	---

<p>➤ <u>DEM:</u> „[...]must promote economic growth[...]“ (2012:12)</p> <p>➤ <u>GOP:</u> z.B “We are the party of sustainable jobs and economic growth – through American energy, agriculture and environmental policy.” (GOP 2012:15)</p> <p><u>NORMATIVE VERHALTENSORIENTIERUNG:</u></p> <p>Die Umwelt sollte nicht auf Kosten der Wirtschaft geschützt werden</p> <p>ÖKONOMISCHER NUTZEN DARF NICHT UNTER UMWELTSCHUTZ LEIDEN</p> <p>➤ <i>KEINE AUSSAGE DEMOKRATEN</i></p> <p>➤ <u>GOP:</u> “We encourage the costeffective development of renewable energy, but the taxpayers should not serve as venture capitalists for risky endeavors.” (GOP 2012: 16) (Wirtschaft wichtiger), “We also call on Congress to take quick action to prohibit the EPA from moving forward with new greenhouse gas regulations that will harm the nation’s economy and threaten millions of jobs over the next quarter century.” (GOP 2012: 19) (Wirtschaft wichtiger)“The most powerful environmental policy is liberty.”(GOP 2012: 19) (Wirtschaft wichtiger)</p>	<p><u>UNKLAR</u></p> <p><u>ZUZUORDNEN:</u></p> <p>“As the pioneer of conservation the Republican Party believes in the moral obligation of the people to be good stewards of the God-given natural beauty and resources of our country [...] and we believe people are the most valuable resource, and human health and safety are the most important measurements of success. A[n environmental] policy protecting these objectives, however, must balance economic development and private property rights in the short</p>
--	--